

2 Vollerhebung Ost: Aktivitäten und Aktivitätsprofile der Hochschulen⁷

2.1 Hochschulische Maßnahmen im Umgang mit dem demografischen Wandel: Bedarfslagen und Adressierung der Aktivitäten

Im folgenden wird auf Basis der erhobenen Daten zu den ostdeutschen Hochschulen das Aktivitätsgeschehen differenziert beschrieben. Hierbei stehen die demografischen Herausforderungen im Vordergrund und die Frage, inwiefern diese auch durch Hochschulbeiträge bearbeitet werden. Dabei zeigt sich eine große Anzahl und Vielfalt an Aktivitäten. Identifiziert wurden 522 Einzelmaßnahmen an den 45 staatlichen Hochschulen in den ostdeutschen Flächenländern, die während der Recherchezeit von Februar bis April 2013 stattfanden, d.h. nicht bereits abgeschlossen waren oder aber noch nicht begonnen hatten. Das ergibt durchschnittlich 11,6 Maßnahmen je Hochschule.

Die Aktivitäten verteilen sich sehr ungleich auf die verschiedenen regionalen Bedarfslagen. Besonders dominant sind Maßnahmen im Bereich FuE-(Kooperations-)Projekte, bei der Gewinnung von Schulabsolventen für ein Studium, der Vermittlung von Absolventen und bei Weiterbildungsangeboten. Hochschulische Aktivitäten, die eine Verbindung zur demografischen Herausforderung „Alterung der Bevölkerung“ aufweisen, kommen am seltensten vor.

2.1.1 Hochschulische Maßnahmen und regionale Bedarfslagen

Adressierung von Herausforderungen, Handlungsfeldern und Bedarfslagen

Eine Adressierung von regionalen Bedarfslagen wird dann angenommen, wenn die hochschulischen Maßnahmen auf diese Bezug nehmen, d.h. Beiträge zu deren Bearbeitung leisten. Für den Abgleich des empirischen Materials wurde geprüft, ob die Zieldefinitionen mit den zuvor identifizierten regionalen Bedarfslagen korrespondieren. Dabei spielte es keine Rolle, ob die Bedarfslagen in der jeweiligen Hochschulregion besonders ausgeprägt sind. Es war vielmehr maßgeblich, ob es sich generell um ei-

⁷ AutorInnen: **Justus Henke, Romy Höhne, Peer Pasternack, Sebastian Schneider**

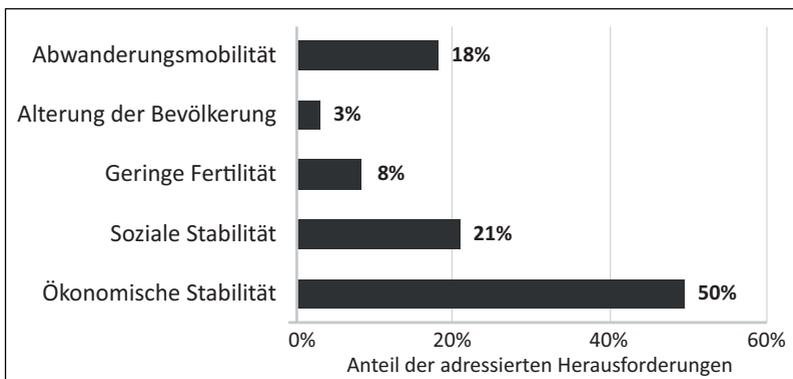
ne Bedarfslage handelt, die aus dem demografischen Wandel bzw. regionalen Herausforderungen resultiert.

Insgesamt konnten durch die Recherche 522 Einzelmaßnahmen an den 45 ostdeutschen Hochschulen identifiziert und kategorisiert werden. Differenziert nach demografischen Herausforderungen, lassen sich diese wie folgt zuordnen:

- 94 Maßnahmen beziehen sich auf die demografische Herausforderung Abwanderung,
- 16 Maßnahmen auf die demografische Herausforderung Alterung der Bevölkerung,
- 44 Maßnahmen weisen Bezüge zur demografischen Herausforderung geringe Fertilität auf,
- 109 Maßnahmen betreffen die regionale Herausforderung soziale Stabilität und
- 259 Maßnahmen die regionale Herausforderung wirtschaftliche Stabilität.

Knapp die Hälfte aller Maßnahmen entfällt folglich auf den Bereich „Wirtschaftliche Stabilität“. „Sozialer Stabilität“ lassen sich 21 Prozent der Maßnahmen zuordnen. Auf das Thema „Abwanderungsmobilität“ beziehen sich 18 Prozent Maßnahmen. Auf die Bereiche „Geringe Fertilität“ und „Alterung der Bevölkerung“ entfallen 8 bzw. 3 Prozent. Mit etwa drei Prozent Anteil an allen Maßnahmen sind deutlich die wenigsten Aktivitäten im Bereich „Alterung der Bevölkerung“ zu verzeichnen. (Übersicht 40).

Übersicht 40: Verteilung der Maßnahmen entlang demografischer Herausforderungen



Die Anteile wurden auf Basis von 522 Maßnahmen der Hochschulen in Ostdeutschland ermittelt.

In diesen Verteilungen werden aber zugleich auch zweierlei Umstände deutlich: Zum einen sind die fünf Maßnahmenkategorien von sehr unterschiedlicher Reichweite und Konkretheit. Zum anderen verfügen die Hochschulen in den einzelnen Bereichen über deutlich voneinander verschiedene Potenziale, wirksam zu werden.

Differenziert man die Bereiche demografischer Herausforderungen nach einzelnen Handlungsfeldern, lassen sich zusätzliche Aussagen treffen:

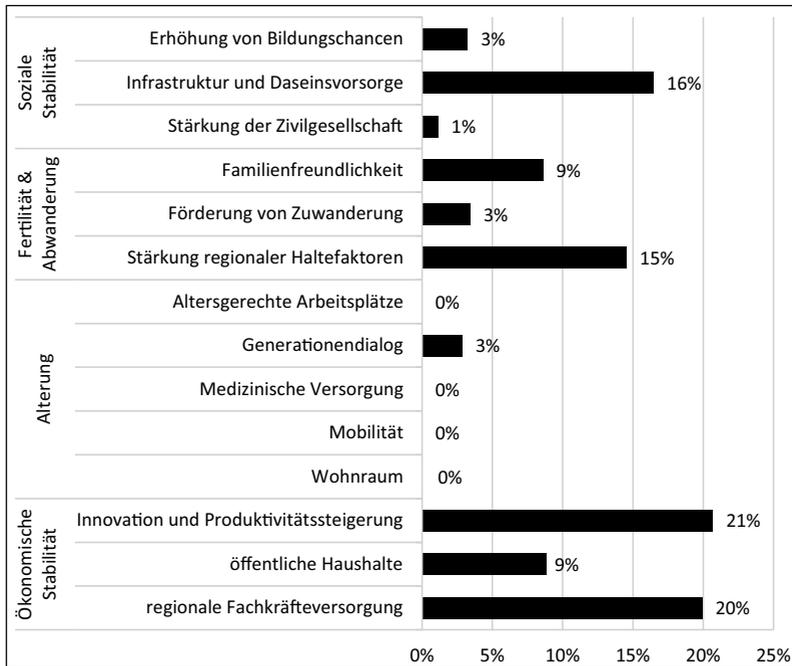
- Rund drei Viertel der Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft verteilen sich zu etwa gleichen Teilen auf die Handlungsfelder „Innovation und Produktivitätssteigerung“ sowie „regionale Fachkräfteversorgung“.
- 46 Maßnahmen lassen sich dem Handlungsfeld „Stabilisierung der öffentlichen Haushalte“ zuordnen.
- Der Bereich „Soziale Stabilität“ wird vom Handlungsfeld „Öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge“ dominiert, für das sich 86 Einzelmaßnahmen identifizieren lassen.
- Ferner wird im Hinblick auf die Dämpfung der Abwanderung im Vergleich zur Förderung von Zuwanderung (18 Maßnahmen) spürbar häufiger auf die Stärkung regionaler Haltefaktoren (76 Maßnahmen) gesetzt.
- Ein weiteres Handlungsfeld, das vergleichsweise oft adressiert wird, ist die Förderung von Familienfreundlichkeit mit 45 Maßnahmen.

In mehreren Handlungsfeldern ergeben sich Lücken zwischen Bedarfen und Aktivitäten. Im Bereich „Alterung der Bevölkerung“ konnten keine Maßnahmen in den Feldern altersgerechte Arbeitsplätze oder Mobilität identifiziert werden. Im Handlungsfeld Generationendialog sind ostdeutschlandweit 15 Maßnahmen zu verzeichnen. Ferner sind Maßnahmen, denen eine stärkende Wirkung auf die Zivilgesellschaft (Bereich soziale Stabilität) zugeschrieben werden kann, ebenfalls eher selten (sechs Einzelmaßnahmen).

In der hier angewandten Systematik wurden den Handlungsfeldern im demografischen Wandel jeweils Bedarfslagen zugeordnet, auf die Hochschulen mit geeigneten Zielsetzungen und konkreten Maßnahmen reagieren können. Gleicht man die definierten Bedarfslagen mit den korrespondierenden Maßnahmen der Hochschulen ab, lässt sich ein noch genaueres Bild zeichnen. Es wird dann z.B. erkennbar, wo die Adressierung demografisch-regionaler Bedarfslagen durch hochschulische Aktivitäten schon heute recht intensiv ist:

■ *Abwanderungsmobilität*: Schwerpunkte liegen bei der kulturellen Belebung und der Attraktivierung des Standortes (40 bzw. 36 Einzelmaßnahmen). Seltener findet man Aktivitäten zur Förderung von Toleranz und Weltoffenheit sowie zur überregionalen Zuwanderung. Die Förderung der Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen aus dem Ausland scheint bei keiner Hochschule Gegenstand eigener Aktivitäten zu sein.

Übersicht 41: Verteilung der Hochschulbeiträge entlang demografischer Handlungsfelder



Die Anteile wurden auf Basis von 522 Maßnahmen der Hochschulen in Ostdeutschland ermittelt.

■ *Alterung der Bevölkerung*: Hier liegt der Fokus eindeutig darauf, Angebote im Sinne lebenslangen Lernens für Senioren zu schaffen – auch wenn dies nur etwa jede dritte Hochschule aktiv verfolgt. Andere Handlungsfelder und Bedarfslagen finden sich praktisch noch nicht berücksichtigt.

■ *Geringe Fertilität*: Bei dieser Herausforderung sind hochschulische Handlungsmöglichkeiten auf indirekt wirksam werdende Maßnahmen

beschränkt, insbesondere die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Studium. Die Senkung des Armutsrisikos vor allem von Alleinerziehenden wird in durchschnittlich jeder vierten Hochschule konkret thematisiert. Vereinzelt finden sich die Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern sowie die Dämpfung der Abwanderungsneigung junger Menschen im Familiengründungsalter adressiert.

■ *Soziale Stabilität*: Hier vereint die Bedarfslage „Sicherung der Bildungs- und Forschungsinfrastruktur“ den Großteil der identifizierten Maßnahmen (76 von 109 Maßnahmen). Mehrfach finden sich zudem: Öffnung der Hochschulen für neue Zielgruppen (8), Unterstützung der zukunftsfähigen Gestaltung der schulischen Bildungslandschaft (7) und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure (6). Keine oder fast keine Berücksichtigung ist dagegen für weitere Bedarfslagen zu konstatieren, und zwar: Erhöhung der Durchlässigkeit von Bildungsabschlüssen, Stärkung der frühkindlichen Bildung, Sicherung der Kulturlandschaft, Verwaltungsmodernisierung, Einbindung unterschiedlicher Milieus.

■ *Ökonomische Stabilität*: FuE/Innovationsförderung stellt hier die am häufigsten abgedeckte Bedarfslage dar (108 Maßnahmen), gefolgt von akademischer Fachkräfteversorgung (103). Ferner ist die Aufrechterhaltung öffentlicher Infrastrukturen mit 43 Maßnahmen recht gut abgedeckt (im Mittel 0,9 Maßnahmen je Hochschule). Wenig Aktivität ist hingegen hinsichtlich der Bedarfslagen „langfristige Sicherung der öffentlichen Haushalte“ und „Steigerung der Erwerbstätigenquote von Frauen, Alleinerziehenden, Behinderten, Zuwanderern“ zu beobachten.

Ebenso breit gefächert, wie es die möglichen Handlungsfelder und Bedarfslagen sowie hochschulischer Reaktionen darauf sind, ist deren Bedeutungszumessung seitens der Akteure in den Hochschulen und Regionen. Aus der Auswertung unserer Interviews werden folgende Priorisierungen und Einschätzungen von Bedarfsadressierungen erkennbar:

■ *Hochschulen*: Die Wahrnehmung demografisch bedingter Bedarfslagen ist vordergründig auf Herausforderungen im Bereich der ökonomischen Stabilität ausgerichtet. Insbesondere die regionale Fachkräfteversorgung und FuE-Förderung sind zentrale Ansatzpunkte hochschulischer Maßnahmen. Die Mehrzahl dieser ist eng mit den hochschulischen Kernaufgaben verbunden. Zunehmend wird auch auf die Gestaltung eines familienfreundlichen und gesundheitsbewussten Arbeits- und Studienumfeldes Wert gelegt, um Studierende und Mitarbeiter/innen zu gewinnen bzw. zu halten.

■ *Verwaltungen*: Stadtverwaltungen haben die Aufgabe, die Gestaltung eines Standorts voranzutreiben und so dessen Attraktivität für Bevölkerung und Wirtschaft zu sichern. Hierbei bestehen in allen demografisch bedingten Handlungsfeldern an Hochschulen adressierbare Bedarfe. Zentral ist dabei die Erzeugung von Einnahmeeffekten, sei es über innovationsgetriebene Produktivitätssteigerungen und dadurch erhöhte Steuereinnahmen oder über wachsende Bevölkerung. Dabei werden Hochschulen ebenso als wesentliche Akteure zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität gesehen wie als Bereicherung für die Standortattraktivität, bspw. kulturell, um der Abwanderung entgegenzuwirken.

Übersicht 42: Adressierung von Bedarfslagen durch Hochschulbeiträge

Demografische Herausforderung	Handlungsfeld	Bedarfslage	Anzahl der Maßnahmen	Mittlere Anzahl je Hochschule	
Abwanderungsmobilität	Förderung von Zuwanderung	Anerkennung von Bildungs-/ Berufsabschlüssen und anderen offiziellen Dokumenten	0		
		Förderung von Toleranz und Weltoffenheit	12	0,3	
	Stärkung regionaler Haltefaktoren	überregionale Zuwanderung	6	0,1	
		Attraktivierung des Standortes	36	0,8	
Alterung der Bevölkerung	Betriebliches Gesundheitsmanagement	Arbeitsplätze an alternde Belegschaften anpassen	0		
			0		
	Generationsdialog	Angebote Lebenslangen Lernens	15	0,3	
	Medizinische Versorgung	Absicherung des medizinischen/pflegerischen Bedarfs	0		
	Mobilität	Wohnraum	ÖPNV-Anbindung sicherstellen	0	
			alternative Wohnformen/barrierefreies Wohnen ermöglichen	0	
		wohnnaher Versorgung gewährleisten	1		
Geringe Fertilität	Familienfreundlichkeit	Dämpfung der Abwanderungsbereitschaft junger Menschen im Familiengründungsalter	5	0,1	
		Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	25	0,5	
		Senkung des Armutsrisikos (insbesondere von Alleinerziehenden)	12	0,3	
		Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern	3	0,1	

Demografische Herausforderung	Handlungsfeld	Bedarfslage	Anzahl der Maßnahmen	Mittlere Anzahl je Hochschule
Soziale Stabilität	Erhöhung von Bildungschancen	Erhöhung der Durchlässigkeit von Bildungsstufen	1	
		Öffnung der Hochschulen für neue Zielgruppen	8	0,2
		Stärkung der frühkindlichen Bildung	1	
		zukunftsfähige Gestaltung der schulischen Bildungslandschaft	7	0,2
	Infrastruktur und Daseinsvorsorge	Absicherung des ÖPNV und der Verkehrswege	2	
		Breitbandanbindung gewährleisten	0	
		Feuerwehr und Katastrophenschutz zukunftsfähig gestalten	1	
		Sicherstellung der Ver- und Entsorgung (Energie, Wasser, Abwasser)	1	
		Sicherung der Bildungs- und Forschungsinfrastruktur	76	1,7
		Sicherung der Kulturlandschaft	0	
		Sicherung der medizinischen Versorgung	2	
	Stärkung der Zivilgesellschaft	Verwaltungsmodernisierung	2	
		Einbindung unterschiedlicher Milieus	0	
Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure		6	0,1	
Ökonomische Stabilität	Innovation, Produktivität	FuE/Innovationsförderung	108	2,3
	öffentliche Haushalte	Aufrechterhaltung öffentlicher Infrastrukturen	42	0,9
		langfristige Sicherung öffentlicher Haushalte	4	0,1
		Akademische Fachkräfteversorgung	103	2,2
	regionale Fachkräfteversorgung	Steigerung der Erwerbstätigenquote von Frauen, Alleinerziehenden, Behinderten, Zuwanderern	1	

Die mittlere Anzahl wurde auf Basis von 45 Hochschulen in den ostdeutschen Flächenländern ermittelt (nicht berücksichtigt: Verwaltungsfachhochschulen).

■ *Wirtschaft und Sozialpartner*: Die Innovations- und mithin die Wettbewerbsfähigkeit demografisch geschwächter Regionen sind Voraussetzungen für deren zukunftsfähige Entwicklung. Die Fachkräfteversorgung wird insbesondere von dieser Akteursgruppe als zentrale Bedarfsfrage angesprochen. Dabei spielen vor allem eine regionale Orientierung der Fächergestaltung, aber auch Weiterbildungsangebote eine wichtige Rolle.

■ *Zivilgesellschaft*: Für die Einwohner einer Region stellen Hochschulen einen wichtigen regionalen Haltefaktor und Anziehungsfaktor für neue Einwohner/innen dar. Dabei bieten sie über Angebote im Sinne des lebenslangen Lernens auch älteren Bürgern Möglichkeiten der aktiven Teilhabe. Insbesondere der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements von Studierenden wird eine wichtige Bedeutung für den Erhalt der sozialen Stabilität einer Region beigemessen. Durch das innovative Potenzial von Hochschulen in sozialen Feldern könnten über öffentliche Angebote im kulturellen und sozialen Bereich regionale Haltefaktoren gestärkt werden.

Betrachtet man die Adressierung der benannten zentralen Bedarfsfragen, so erweist sich insbesondere das Handlungsfeld „ökonomische Stabilität der Region“ als zentraler Ansatzpunkt. Dabei scheint es eine Angebotsorientierung entsprechend der Bedarfe der Wirtschaft zu geben. Auch die Stadtverwaltungen schätzen dieses Handlungsfeld als prioritär ein. Zugleich werden von diesen auch Beiträge zur Senkung der Abwanderungsmobilität und der sozialen Stabilität als hochschulische Handlungsmöglichkeiten gesehen. Aus Sicht der Vertreter der Zivilgesellschaft stellen diese Bedarfe sowie die Einbindung älterer Bevölkerungsteile wichtige Herausforderungen dar.

Es sollte dabei jedoch im Auge behalten werden, dass Hochschulen eine stärkere Aktivität – insbesondere zur Stärkung weicher Standortfaktoren – aufweisen, als es den Hochschulleitungen selbst und auch verschiedenen Anspruchsgruppen bewusst ist. Die Aktivitäten sind häufig nicht zentral gesteuert, sondern entstehen – mitunter spontan – auf Initiative von einzelnen Wissenschaftlern oder Studierenden.

Zudem sollte, bei all der potenziellen Leistungsfähigkeit von Hochschulen, beachtet werden, dass nicht jeder Bedarf auch bedient werden kann. Eine Hochschule kann weder ein Reparaturbetrieb für ein unzulängliches Regionalmanagement noch eine zweite Volkshochschule sein. Mit entsprechenden Finanzierungen können Hochschulen jedoch regionale Prozesse wissenschaftlich begleiten und mit ihrem kreativen Potenzial Herausforderungen mitgestalten.

Praxisbeispiel: Univations GmbH an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Die Univations GmbH ist als An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) eingerichtet worden und Teil des Weinberg campus. Die Gründung erfolgte im Jahr 2004 zunächst als reines Drittmittelprojekt. Allerdings wurde von Anfang an auf eine dauerhafte Etablierung hingearbeitet. Dies führte 2006 zur Gründung von Univations als GmbH.

Neben einem dreiköpfigen wissenschaftlichen Direktorium werden derzeit zwölf hauptamtliche Mitarbeiter/innen beschäftigt. Dazu kommen etwa 16 Mitarbeiter/innen der MLU, die in verschiedenen Tätigkeiten in die Aufgaben des Instituts eingebunden sind. Finanziert wird das Institut zu etwa 60 % aus Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt, des Bundes (insbesondere BMWi und EXIST-Programm) sowie der EU. Der Rest wird durch Umsätze aus dem Geschäftsbetrieb finanziert.

Das Univations Institut verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz der Innovations- und Gründungsförderung von der Schule über die Hochschule bis hin zum nachhaltigen Unternehmertum. Dies umfasst sechs Schwerpunktaufgaben:

1. **Technologietransfer:** Hier steht die Verwertung von Forschungsergebnissen sowie die Koordination von Verbundprojekten im Vordergrund.
2. **Unternehmensgründung:** Verfolgt wird ein Konzept ganzheitlicher Unterstützung bei technologieorientierten Gründungen.
3. **Finanzierung:** Unterstützt und begleitet wird die Suche nach privaten und öffentlichen Finanzierungsgebern. Dabei kann auf ein überregionales Netzwerk an Investoren, Partnern, Multiplikatoren, Kunden und Auftraggebern zurückgegriffen werden.
4. **Forschung:** Es wird Gründungsforschung betrieben, unter anderen durch die Anbindung an den Lehrstuhl für Statistik am Wirtschaftswissenschaftlichen Bereich der MLU.
5. **Lehre:** Univations unterstützt die MLU bei der Entwicklung und Umsetzung innovativer und praxisorientierter Angebote der Gründungslehre, so Businessplanseminare, Planspiele, Praxisseminare und Ringvorlesungen. Ein Masterprogramm „Entrepreneurship“ ist im Aufbau begriffen.
6. **Veranstaltungen:** Univations berät Unternehmen bei der Konzeption, Organisation und Realisierung von Veranstaltungen. Dies umfasst alle denkbaren Veranstaltungsformate wie Forum, Seminar, Workshop, Fachtagung, Produktpräsentation, Kongress oder experimentelles Event.

Im Rahmen der Tätigkeiten des Instituts werden derzeit sechs Projekte durchgeführt, in denen die Schwerpunktaufgaben zum Tragen kommen:

- **Futurego:** Ziel des Schüler-Businessplanwettbewerbs „futurego. Sachsen-Anhalt“ ist es, Schülern ab der achten Klassenstufe in der Schule wirtschaftliche Zusammenhänge näher zu bringen.
- **Hochschulgründernetzwerk:** Das Hochschulgründernetzwerk Sachsen-Anhalt Süd unterstützt Studierende, Absolventen und wissenschaftliche Mitarbeiter an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes.

- Investforum: Das INVESTFORUM Sachsen-Anhalt begleitet kapitalsuchende Unternehmen, entwickelt individuelle Konzepte und Veranstaltungen, um passende Finanzierungspartner zu finden.
- Kreativmotor: Der Kreativmotor unterstützt junge Unternehmen der Kreativwirtschaft in Sachsen-Anhalt durch Qualifizierungs- und Beratungsangebote sowie Matchingveranstaltungen.
- Pathways for Graduates: Dieses Projekt hat zum Ziel, junge Absolventen aus Hochschulen und junge Auszubildende besser auf das Berufsleben und insbesondere die (internationale) Jobsuche vorzubereiten.
- Suport: Das Projekt SUPORT (SME University Partnership Online Resource & Training) hat zum Ziel, die Verständigung und Kooperation zwischen Wissenschaftseinrichtungen sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im regionalen Umfeld dieser Hochschulen und Forschungsinstitute zu fördern und zu verstärken.

Nach Angabe der Verantwortlichen funktioniere Univations auf Grund seines Gesamtkonzepts sehr erfolgreich. Der Verbund von Hochschule und der direkt am Markt agierenden Univations bringe die notwendige Dynamik zur dauerhaften Etablierung. Dahinter stecke die Überzeugung, dass eine rein durch Förderungen finanzierte Transfereinrichtung innerhalb der Hochschule nicht dauerhaft etabliert werden könne. Als marktwirtschaftlich agierende GmbH habe Univations Zugriff auf Finanzierungsoptionen, die nur Unternehmen zur Verfügung stehen. Langfristiges Ziel ist die Unabhängigkeit von institutionellen Förderungen. Mit diesem Konzept waren sie eine der ersten in ganz Deutschland und dienten vielen anderen Hochschulen als Vorbild. Dies wird belegt durch Auszeichnung als Gründerhochschule und zweimalige Nennung als Best Practice in OECD-Evaluierungen.

Als weiterer Erfolgsfaktor wird das ganzheitliche Konzept von Univations angesehen, denn das Institut könne wichtige Impulse aus der Verbindung von Grundlagenforschung, angewandter Forschung, Produkt- und Dienstleistungsentwicklung bis hin zur Produktion und Umsetzung geben. Von Unternehmen werden zudem die strategische Beratung und die zahlreichen Seminare lobend erwähnt.

Zu Beginn war der noch nicht verankerte Gedanke der Unternehmerförderung und Gründerkultur ein zentrales Hemmnis und musste den Anspruchsgruppen noch erklärt werden. Bis heute sei das Unternehmergebild in Ostdeutschland wenig ausgeprägt, und es fehle an Vorbildern für eine Gründerkultur. Dieses aufzubrechen ist eine wichtige Zielsetzung des An-Instituts. Ein anderes Hemmnis stellten die teilweise sehr komplexen Anforderungen bei der Einwerbung und Verwaltung von Förderungen dar.

Quellen: eigene Recherche, mündliche und schriftliche Befragungen

Häufige Maßnahmen der Hochschulen

Die zuvor benannten Herausforderungen, Handlungsfelder und Bedarfslagen werden nun mit den konkreten Maßnahmen der Hochschulen verknüpft. Dabei werden als Brücke zwischen Bedarfslagen und Hochschulmaßnahmen die Zieldefinitionen benannt, die direkt auf die Bedarfslagen Bezug nehmen und sie in Kategorien fassen, die für die Hochschulen geeignet sind.

Als häufigere Maßnahmen, die der Abwanderungsmobilität entgegenarbeiten, lassen sich zusammenfassen (Übersicht 44):

■ *Belebung des Standortes*: Hier nimmt die Sicherung der Kulturlandschaft eine starke Position ein, vor allem über eigenständige kulturelle Beiträge der Hochschulen.

Übersicht 44: Konkrete Maßnahmen im Bereich „Abwanderung“

Bedarfslage	Zieldefinition	Konkrete Maßnahme zur Zielerreichung	Anzahl	
Belebung des Standortes	Belebung der Innenstadt	Verlagerung von Hochschuleinrichtungen in das Stadtzentrum	3	
		eigenständige Einrichtungen	8	
	Sicherung der Kulturlandschaft	eigenständige kulturelle Beiträge	21	
		Forschungsprojekt mit Regionalbezug	1	
		Kooperationsprojekte	7	
Förderung von Toleranz und Weltoffenheit	Förderung der Willkommenskultur	interkulturelle Begegnung	3	
		Kooperationsprojekte	3	
		Sprachpraxiskurse	3	
		Welcome Center	3	
Attraktivierung des Standortes	Naturschutz	Forschungsprojekt mit Regionalbezug	5	
		Kooperationsprojekte	6	
		Strukturmaßnahmen	5	
	Qualität der Lehre	gute Studierendenbetreuung	6	
		hohe Studienerfolgsquoten	2	
		praxisnahe Lehre	2	
		Qualitätssicherung	1	
		Service Learning	1	
			Weiterbildungsangebote für Lehrende	3
	Sport und Sportstätten		Kooperationsprojekte	1
Strukturmaßnahmen			2	
Unterstützungs- und Betreuungsangebote			2	
Überregionale Zuwanderung	studentische Zuwanderung	aus dem Ausland	4	
		aus westlichen Bundesländern	2	

■ *Förderung von Weltoffenheit und Toleranz:* Es konnten jeweils drei Maßnahmen zu den Themen interkulturelle Begegnung, entsprechende Kooperationsprojekte, Sprachpraxiskurse und Welcome Center identifiziert werden.

■ *Attraktivierung des Standortes:* Naturschutzaktivitäten werden mehrmals im Rahmen von Forschungs- und Kooperationsprojekten sowie hochschulseitigen Strukturmaßnahmen gefördert. Ferner gibt es relativ viele Beiträge zur Verbesserung der Qualität der Lehre. Zu beachten ist hierbei, dass diesbezügliche Bemühungen von den Hochschulen selbst meist (noch) nicht den Reaktionen auf den demografischen Wandel zugeordnet werden, etwa hinsichtlich der Verarbeitung einer gesteigerten Heterogenität der Studierendenschaft. Doch wird die Qualitätsentwicklung in der Lehre als Mittel zur Attraktivierung der eigenen Hochschule betrachtet, richtet sich auf überregionale Studierendengewinnung und die Steigerung des Studienerfolgs – und ist insoweit faktischer Bestandteil hochschulischer Bearbeitung der Auswirkungen des demografischen Wandels. Gelegentlich kommen auch Aktivitäten der Hochschulen im Bereich Sport und Sportstättenentwicklung vor.

■ *Überregionale Zuwanderung:* Hier sind einzelne Hochschulen sichtbar aktiv in der Bemühung um studentische Zuwanderung sowohl aus dem Ausland als auch den westlichen Bundesländern. Darunter fallen spezielle Kurse (Summer Schools) für internationale Studierende oder Service Center, die zuziehenden Studierenden den Studienstart erleichtern sollen. Darüber hinaus ist zu konstatieren, dass sich alle Hochschulen in Ostdeutschland (recht erfolgreich) um die Gewinnung westdeutscher und internationaler Studierender bemühen, auch dann, wenn sich dies nicht unbedingt in öffentlich dokumentierten Initiativen feststellen

Übersicht 45: Konkrete Maßnahmen im Bereich „Alterung der Bevölkerung“

Bedarfslage	Zieldefinition	Konkrete Maßnahme zur Erreichung	Anzahl
Wohnortnahe Versorgung gewährleisten	Expertisebereitstellung	Forschungsprojekte und Erkenntnistransfer	1
	Pflege erleichtern	Vereinbarkeit Pflege von Familienangehörigen	4
Angebote des Lebenslangen Lernens	Seniorenbildung	Seniorenuniversität	13
		Studienmöglichkeiten im Normalangebot	2

lässt. Zudem profitieren Hochschulen von länderübergreifenden Initiativen wie z.B. „Studieren in Fernost“.

Im Bereich „Alterung der Bevölkerung“ ist, wie schon festgestellt, eine vergleichsweise geringe Aktivitätsdichte zu beobachten. Wichtigste Einzelmaßnahme ist die Seniorenuniversität (13mal dokumentiert). Daneben gibt es zweimal Studienmöglichkeiten für Senioren im Normalangebot.⁸

Zur demografischen Herausforderung „geringe Fertilität“ konnte ein recht breites Bündel an – naturgemäß vor allem indirekt wirksam werdenden – Einzelmaßnahmen festgestellt werden (Übersicht 46):

■ *Senkung des Armutsrisikos*: Das Armutsrisiko kann durch Ermöglichung beruflicher Tätigkeit neben dem Studium sowie flexibleren Studienzeitmodellen gesenkt werden. Dies wirkt einerseits unmittelbar während des Studiums, andererseits langfristig durch bessere Beschäftigungschancen nach Abschluss des Studiums. Hier sind die Möglichkeiten des Teilzeitstudiums sowie die Vereinbarkeit des Studiums mit den individuellen Lebenslagen hervorzuheben.

Übersicht 46: Konkrete Maßnahmen im Bereich „Geringe Fertilität“

Bedarfslage	Zieldefinition	Konkrete Maßnahme zur Erreichung	Anzahl
Senkung des Armutsrisikos	bedarfsgerechte Bildungsangebote	Betreuungs- und Bildungsangebote für Mütter	1
		E-Learning	1
Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern	Beratungsdienstleistungen	Beratung Erziehung und Bildung	3
Dämpfung der Abwanderungsneigung junger Menschen im Familiengründungsalter	Dämpfung der Abwanderungsneigung junger Menschen im Familiengründungsalter	Attraktiveren der Arbeitsbedingungen für wissenschaftliches Personal	1
		Steigerung der Hochschulbildungsbeteiligung von Frauen besonders in naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen	4
Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Vereinbarkeit von Studium und Familie	Beratungsangebote	1
		flexible Arbeits-/Studienzeitgestaltung	1
		Möglichkeit des Teilzeitstudiums	4
	familienfreundliches Klima an Hochschulen	Dual-Career-Optionen	1
		Strukturen für Studierende und Beschäftigte mit Kindern	15
Kinderbetreuungseinrichtung an Hochschulen	9		

⁸ die aber generell auch nirgends ausgeschlossen sind

■ *Dämpfung der Abwanderungsneigung junger Menschen im Familiengründungsalter:* An vier Hochschulen wird gezielt auf eine Steigerung der Bildungsbeteiligung von Frauen in naturwissenschaftlichen-technischen Fächern hingewirkt.

■ *Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf:* Die Bereitstellung von Strukturen für Studierende und Beschäftigte mit Kindern stellt die wichtigste Einzelmaßnahme in diesem Handlungsfeld dar (15 Hochschulen mit entsprechender Maßnahme). Darunter sind verschiedene Angebote zusammengefasst, die von Wickelstationen und Mensaessen über Betreuungsmöglichkeiten bis hin zu Familienwohnungen am Campus reichen und sowohl einzeln als auch kombiniert an Hochschulen vorzufinden sind.

■ *Steigerung der Quantität und Qualität von Kinderbetreuungsangeboten:* An neun Hochschulen gibt es eine hochschuleigene bzw. durch das Studentenwerk unterhaltene Kinderbetreuungseinrichtung.

Eine der am häufigsten bearbeiteten demografischen Herausforderungen ist „soziale Stabilität“. Diesbezüglich findet sich eine lange Reihe von Maßnahmen (Übersicht 47). Am häufigsten sind Maßnahmen zu folgenden Bedarfslagen:

■ *Zukunftsfähige Gestaltung der schulischen Bildungslandschaft:* Sechs Hochschulen machen Angaben zur Lehrerfort- und Weiterbildung.

■ *Öffnung der Hochschulen für neue Zielgruppen:* An acht Hochschulen gibt es Programme zum Studieren ohne Abitur bzw. als Gasthörer/in.

■ *Sicherung der Bildungs- und Forschungsinfrastruktur:* Es gibt 26 Initiativen (an 21 Hochschulen) für Bildungsangebote speziell für Kinder (z.B. Kindercampus, Juniorvorlesungen etc.). Außerdem existieren 14 Angebote (an elf Hochschulen), die sich an Schüler vorwiegend im Sekundarbereich richten. Ebenfalls häufiger sind regelmäßige Veranstaltungen im Rahmen der Erwachsenenbildung (z.B. Ringvorlesungen, Bürgerakademien) vorzufinden. Erwähnenswert sind außerdem neun Modellprojekte mit öffentlichen Bildungseinrichtungen.

■ *Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure:* An drei Hochschulen gibt es Community-Service-Aktivitäten.

Übersicht 47: Konkrete Maßnahmen im Bereich „Soziale Stabilität“

Bedarfslage	Zieldefinition	Konkrete Maßnahme zur Erreichung	Anzahl
Zukunftsfähige Gestaltung des Schulwesens	akademische Fort- und Weiterbildungsangebote	Lehrerbildung	6
		Qualifizierungen im Bildungsbereich	1
Erhöhung der Durchlässigkeit von Bildungsabschlüssen	Anerkennung von Berufsabschlüssen für Studiengänge	Studienvorbereitungskurs mit Option zum Hochschulzugang	1
Stärkung der frühkindlichen Bildung	Weiterbildungsangebote	Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte für Kindertageseinrichtungen	1
Öffnung der Hochschulen für neue Zielgruppen	Öffnung der Hochschulen	Öffnung Hochschulzugang ohne Abitur	8
Sicherstellung von Infrastrukturen	Expertisebereitstellung	Kooperation mit Versorgungsunternehmen	1
		Kooperation mit Verkehrsunternehmen	1
		Modellprojekt Elektromobilität	1
	Teil der öffentlichen Sicherheitsinfrastruktur	freiwillige Feuerwehr	1
Verwaltungsmodernisierung	Modernisierung von Verwaltungsstrukturen	Beratungsdienstleistungen & Kooperationsprojekte	1
		Kooperation mit Stadt bei IT-Sicherheit	1
Sicherung der Bildungs- und Forschungsinfrastruktur	Teil der öffentlichen Bildungs- und Forschungsinfrastruktur	Bildungsangebote für Kinder	26
		Bildungsangebote speziell für Schüler	14
		Entwicklungsprojekte	2
		FuE-Projekte	7
		Erwachsenenbildung	17
		generationsübergreifende Bildungsangebote	1
Sicherung der medizinischen Versorgung	Teil der öffentlichen Gesundheitsstrukturen	Modellprojekte mit öffentlichen Bildungseinrichtungen	9
		Sprachpraxiskurse	1
Sicherung der medizinischen Versorgung	Teil der öffentlichen Gesundheitsstrukturen	Kooperationsprojekte	1
		Weiter-/Bildungsangebote	1
Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure	Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure	Community-Service-Aktivitäten	3
		Kooperationsprojekte	2
		Vernetzung von Akteuren für gemeinnützige Aktivitäten	1

Die mit Abstand größte Aktivitätsdichte ist im Bereich der Stabilisierung der Wirtschaft vorzufinden. Zu den häufigsten Aktivitäten, unterschieden nach Bedarfslagen, gehören:

■ *Akademische Fachkräfteversorgung*: Hier sind mit 39 Maßnahmen Aktivitäten zur Steigerung der Übergangsquote zwischen Schule und Hochschule besonders häufig. Ferner sind 23 Career-Service-Einrichtungen dokumentiert. Die gezielte Vermittlung von Absolventinnen und Absolventen in der Region sowie duale Studiengänge sind ebenfalls an mehreren Hochschulen zu finden.

■ *FuE sowie Innovationsförderung*: Hier sind insbesondere die 37 Forschungs- und Transferstellen auffällig. Außerdem gibt es 13 Einrichtungen zur Unterstützung von Gründungen, 13 Einrichtungen zur Forschung und Entwicklung eigener Innovationen sowie zwölf Kooperationen innerhalb der Region.

All diese Maßnahmen sind nicht immer trennscharf einzelnen Bedarfslagen oder Zieldefinitionen zuzuordnen. In Zweifelsfällen wurde daher immer nach dem Kernziel der Maßnahme geschaut, dem Prinzip folgend, dass eine spezifische Maßnahmenkategorie einer allgemeineren vorzuziehen ist. Zudem muss von einer nicht genau bestimmbareren Lückenhaftigkeit der Erhebung ausgegangen werden, wie bereits im Untersuchungsdesign beschrieben. Auch unter Berücksichtigung dieser Limitationen lassen sich dennoch einige zentrale Punkte festhalten:

■ Das *Spektrum an Aktivitäten ist sehr breit*, sowohl im Hinblick auf die abgedeckten demografischen Herausforderungen als auch die konkreten Formen der Handlungsansätze.

■ Es zeigen sich gleichwohl *Verdichtungen der Aktivitäten* in bestimmten Bereichen. Die häufigsten sind solche, die auf die akademische Fachkräfteversorgung in der Region sowie FuE sowie Innovationsförderung zielen. Besonders verbreitet sind hierbei Aktivitäten zur Gewinnung von studierwilligen Schulabgängern, kostenpflichtige Weiterbildungsangebote, Career Service sowie Institutionen zur Unterstützung von Gründern und Transferstellen. Als Maßnahmen, die nichtökonomische Bedarfslagen adressieren, kommen besonders häufig drei vor: Seniorenuniversität, Strukturen für Studierende und Beschäftigte mit Kindern sowie Bildungsangebote für Kinder und Schüler.

■ Die *Hochschulen können mehr*: Es gibt eine Vielzahl von Maßnahmen, die vereinzelt auftauchen und zeigen, dass hochschulische Beiträge weit über den Mainstream der häufig umgesetzten Handlungsoptionen hinausgehen können. Dabei handelt es sich z.B. um Service Learning für

Studierende, Kooperationen in der Daseinsvorsorge oder Dual-Career-Optionen.

Übersicht 48: Konkrete Maßnahmen im Bereich „Wirtschaftliche Stabilität“

Bedarfslage	Zieldefinition	Konkrete Maßnahme zur Erreichung	Anzahl
Akademische Fachkräfteversorgung	Akademische Fachkräfteversorgung	Berufsbegleitendes Studium	5
		Career Service	24
		Duales Studium	10
		Fernstudium	3
		regionale Kooperation	5
		Stipendien	2
		Übergang Schule/ Hochschule	39
		Vermittlung von Absolventen in die Region	11
		Kostenfreie Weiterbildungsangebote	4
Steigerung der Erwerbstätigenquote	Steigerung der Hochschulbildungsbeteiligung	Spezielle Angebote für Frauen	1
	Regionale Fachkräfteversorgung	Berufsausbildung an Hochschulen	2
Langfristige Sicherung öffentlicher Haushalte	Einnahmesteigerung der Hochschulen	Alumnikultur	1
		Dienst- und Entwicklungsleistungen	4
		eigene Unternehmen	2
		kostenpflichtiges Angebot von Räumlichkeiten	1
		kostenpflichtige Weiterbildungsangebote	34
Generierung von Einnahmen der und Umsatz in der Region	indirekte Beiträge zu öffentlichen Einnahmesteigerungen	2	
FuE-/ Innovationsförderung	Förderung von Gründungen und Unternehmensnachfolgen	Gründernetzwerk	4
		Institutionen zur Unterstützung	13
		Veranstaltungen und Projekte	5
		Weiterbildungsangebote	2
	Stärkung der regionalen Innovationsstrukturen	Forschung und Entwicklung	14
		Forschungs- und Transferstellen	37
		Innovationsnetzwerk	5
		Kompetenzzentren	8
		regionale Kooperationsprojekte	12
		Stiftungsprofessuren	2
	Weiterbildungsangebote	5	

■ Gleichwohl besteht *in einigen Bereichen weiterhin ein Mangel* sowohl an hochschulischen Aktivitäten als auch an möglichen Handlungsoptionen. Dies betrifft insbesondere hochschulspezifische Strategien zum Umgang mit einer älter werdenden Bevölkerung.

Die Ergebnisse legen zudem ein *Dokumentationsdefizit der Hochschulen* nahe. Bei einer Reihe von Maßnahmen war der Aufwand, sie zu identifizieren, erheblich, und sie entdeckt zu haben, erschien dann mitunter auch als sehr zufällig. Ebenso ist davon auszugehen, dass viele Aktivitäten durchaus häufiger vorkommen als von uns ermittelt, allerdings wird darüber nicht hinreichend sichtbar berichtet.

2.1.2 Hochschulartenspezifische Bedarfsadressierung

Wie bereits oben erörtert, lassen sich den Hochschularten unterschiedliche Leistungsfähigkeiten im Hinblick auf die Adressierung demografischer Herausforderungen zuweisen. Quantitativ schneiden Universitäten mit durchschnittlich jeweils 14,6 Maßnahmen ‚besser‘ ab als Fachhochschulen, die im Mittel auf 12,4 Maßnahmen kommen. Allerdings überrascht diese geringe Differenz eher positiv, sind die Fachhochschulen doch durchgehend deutlich kleiner als die Universitäten. Die sehr kleinen künstlerischen Hochschulen kommen auf durchschnittlich 4,7 Maßnahmen je Hochschule (Übersicht 49). Dies steht im Einklang mit ihrer

Übersicht 49: Maßnahmen nach Herausforderungen und Hochschultyp

	FH	Uni	KH
Abwanderungsmobilität	31	51	12
Alterung der Bevölkerung	7	9	0
Geringe Fertilität	27	15	2
Soziale Stabilität	46	52	11
Ökonomische Stabilität	150	92	17
Insgesamt (A)	261	219	42
Anzahl Hochschulen (B)	21	15	9
Mittelwert (A/B)	12,4	14,6	4,7

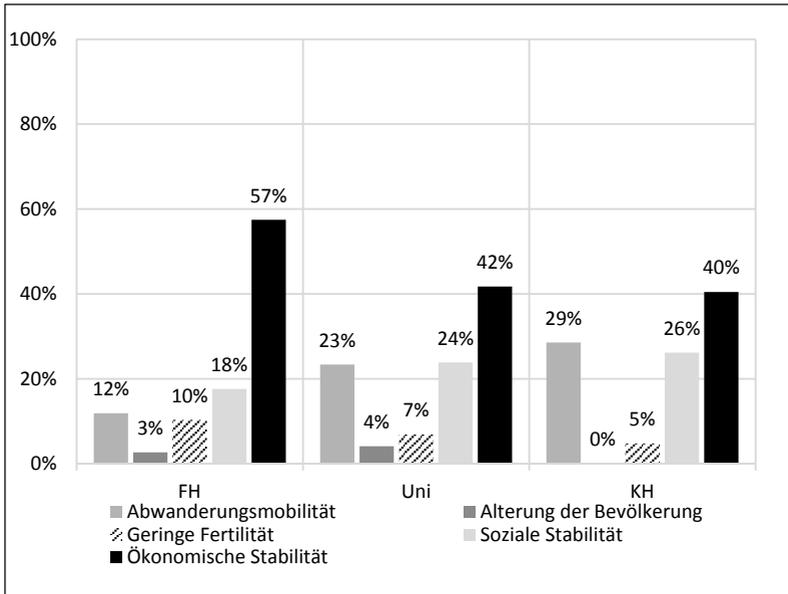
Selbsteinschätzung in den hier interessierenden Feldern.

Schaut man auf die Verteilung der Maßnahmen über die verschiedenen Herausforderungen, so zeigen sich die Unterschiede noch etwas deutlicher. Mit 57 Prozent ihrer Maßnahmen sind die Fachhochschulen im Bereich „ökonomische Herausforderungen“ merk-

lich aktiver als Universitäten (42 % der Maßnahmen). Geringere Aktivität als bei den Universitäten ist bei den Fachhochschulen im Bereich „Soziale Stabilität“ und bei Maßnahmen, die der Abwanderung entgegenwirken, zu beobachten – was, wie erwähnt, angemessen nur vor dem Hinter-

grund der unterschiedlichen Größenordnungen zu würdigen ist. (Übersicht 50)

Übersicht 50: Verteilung der Maßnahmen nach Herausforderungen und Hochschultyp



Die Verteilung wurde auf Basis von 261 Maßnahmen an Fachhochschulen, 218 an Universitäten und 42 an künstlerischen Hochschulen in Ostdeutschland ermittelt.

Damit lässt sich für die Universitäten eine intensivere Umsetzung nicht-ökonomischer Handlungsansätze ausweisen, wohingegen die Fachhochschulen einen deutlich stärkeren Fokus auf ökonomisch wirksam werdende Aktivitäten legen. Für künstlerische Hochschulen zeigt sich eine vergleichsweise homogene Gewichtung der drei Bereiche ökonomische und soziale Stabilität sowie Maßnahmen, die der Abwanderung entgegenwirken können.

Die oben diskutierten Beobachtungen lassen sich auch an den häufigsten Einzelmaßnahmen absehen. So liegt die erste originär nichtökonomische Aktivität – Bildungsangebote für Kinder – an sechster Stelle der häufigsten Maßnahmen, und lediglich eine weitere solche Aktivität findet sich an achter Stelle. Unter den häufigsten Maßnahmen der Universitäten tauchen originär nichtökonomische Handlungsansätze in den Positionen 4, 5, 6 und 10 auf. Dessen ungeachtet sind für beide Hochschultypen die Gewinnung studierwilliger Schulabgänger/innen, Transferzentren sowie

kostenpflichtige Weiterbildung wichtige Handlungsansätze. (Übersicht 51)

Übersicht 51: Die zehn häufigsten Einzelmaßnahmen nach Hochschultyp

	FH		Uni		KH	
1.	Übergang Schule / Hochschule	24	Transferstellen	16	eigenständige kulturelle Beiträge	8
2.	Transferstellen	19	kostenpflichtige Weiterbildungsangebote	15	kostenpflichtige Weiterbildungsangebote	3
3.	kostenpflichtige Weiterbildungsangebote	16	Übergang Schule / Hochschule	12	Bildungsangebote für Kinder	3
4.	Kooperationsprojekte	12	Bildungsangebote für Kinder	11	Modellprojekte mit öffentlichen Bildungseinrichtungen	3
5.	Career Service	12	eigenständige kulturelle Beiträge	10	Übergangsquote Schule / Hochschule	3
6.	Bildungsangebote für Kinder	12	Bildungsangebote speziell für Schüler	9	Lehrerbildung	2
7.	regionale Kooperation	10	Career Service	9	Career Service	2
8.	Strukturen für Studierende und Beschäftigte mit Kindern	10	Kooperationsprojekte	8	eigenständige Einrichtungen	2
9.	Duales Studium	9	Seniorenuniversität	7	Kooperationsprojekte	2
10.	Vermittlung von Absolventen in die Region	9	Erwachsenenbildung	7	Erwachsenenbildung	2

2.1.3 Regionenspezifische Bedarfsadressierung

Ein Blick in die Regionen kann eine genauere Erklärung darüber liefern, welche weiteren Randbedingungen das Aktivitätsgeschehen beeinflussen könnten. Im folgenden werden Regionen nach ihrem Schrumpfungsgrad – stark und gering schrumpfend – und Bundesländer untersucht.

Schrumpfungsregionen

Man kann die These aufstellen, dass Hochschulen in stark schrumpfenden Regionen auf Grund höherer Betroffenheit aktiver bei der Umsetzung einschlägiger Maßnahmen sein sollten. Die erhobenen Daten können diese Vermutung zumindest in der Tendenz bestätigen. In Hochschulen in Regionen mit starker Schrumpfung finden sich für alle Herausforderungen etwas mehr Maßnahmen als in der Gruppe der Hochschulen in gering schrumpfenden Regionen. Allerdings sind diese Unterschiede statistisch nicht signifikant.⁹ (Übersicht 52)

Übersicht 52: Maßnahmen nach Herausforderungen und Schrumpfungsgrad der Region

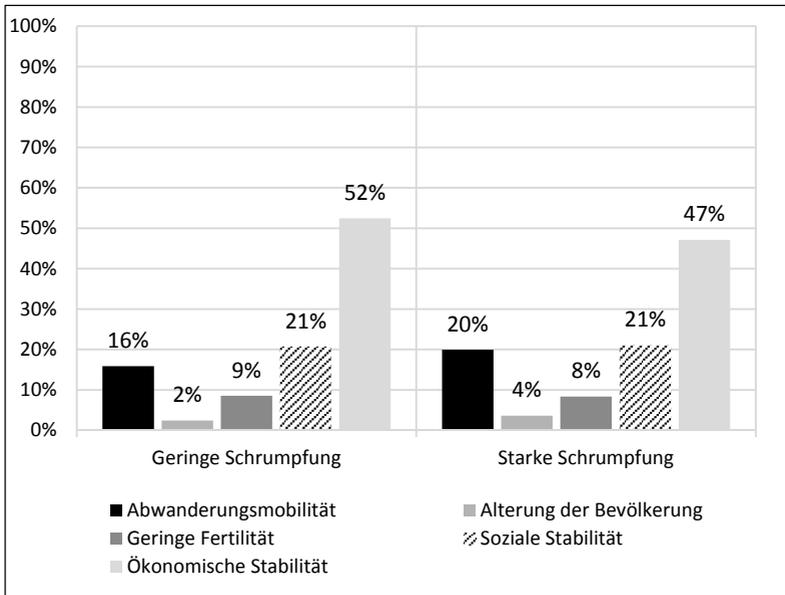
	Geringe Schrumpfung	Starke Schrumpfung
Abwanderungsmobilität	39	55
Alterung der Bevölkerung	6	10
geringe Fertilität	21	23
soziale Stabilität	51	58
wirtschaftliche Stabilität	129	130
Gesamt (A)	246	276
Anzahl Hochschulen (B)	23	23
Mittelwert (A/B)	10,7	12

Die Aufteilung in gering und stark schrumpfend wurde anhand des Medians der Bevölkerungsentwicklung 2009 bis 2025 nach Kreisen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2010) für die jeweiligen Hochschulstandorte vorgenommen. Der Median der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung beträgt für diese Auswahl der Kreise –4,9 % Schrumpfung bis 2025 gegenüber 2009.

Eine relative Homogenität spiegelt sich auch in der Verteilung über die drei demografischen Herausforderungen und die beiden regionsbezogenen Ziele wider (Übersicht 53).

⁹ Die Korrelation nach Pearson beträgt 0,059 und ist statistisch insignifikant. Verglichen wurde die Anzahl der Maßnahmen je Hochschule und deren Einordnung in die Gruppen „gering schrumpfend“ und „stark schrumpfend“ bei N=45.

Übersicht 53: Verteilung der Maßnahmen nach Herausforderungen und Schrumpfungsgrad der Region



Die Verteilung adressierter Herausforderungen wurde auf Basis von 246 Maßnahmen in gering schrumpfenden Regionen und 276 Maßnahmen in stark schrumpfenden Regionen ermittelt.

Bundesländer

Neben der Abgrenzung nach Schrumpfungsgrad ist auch die Einordnung der Maßnahmen nach Bundesland von Bedeutung, da die Hochschulpolitik der Länder einen großen Einfluss auf das Hochschulhandeln hat:

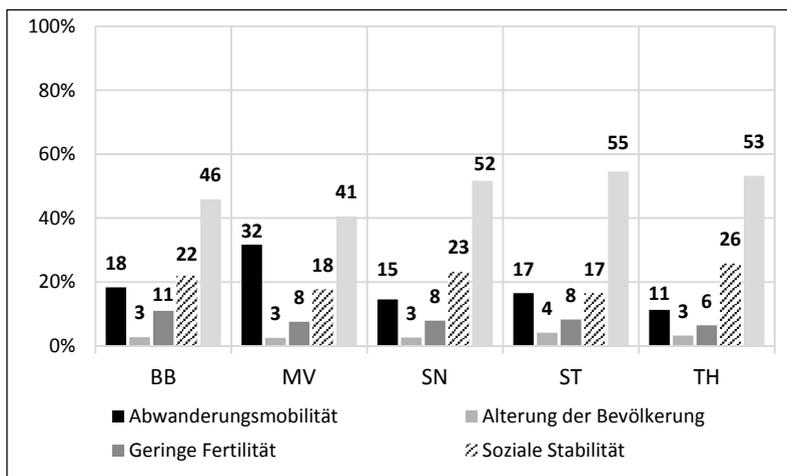
- Im Freistaat Sachsen, dem Raum mit der höchsten Hochschuldichte in Ostdeutschland, findet man mit 151 Maßnahmen erwartungsgemäß deren größte Anzahl.
- Dahinter befindet sich mit 121 Maßnahmen bereits Sachsen-Anhalt, welches nur knapp halb so viele Hochschulen unterhält.
- Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern liegen – damit der Größe ihres Hochschulsystems entsprechend – im Mittelfeld.
- Thüringen fällt hingegen mit 62 Maßnahmen bei neun Hochschulen deutlich ab.

Übersicht 54: Maßnahmen nach Herausforderungen und Bundesland

Herausforderung	BB	MV	SN	ST	TH
Geringe Fertilität	12	6	12	10	4
Abwanderungsmobilität	20	25	22	20	7
Alterung der Bevölkerung	3	2	4	5	2
Wirtschaftliche Stabilität	50	32	78	66	33
Soziale Stabilität	24	14	35	20	16
Gesamt (A)	109	79	151	121	62
Anzahl Hochschulen (B)	9	6	14	7	9
Studierende (C)	49.840	38.804	104.658	53.487	52.404
Mittelwert (A/B)	12,1	13,2	10,7	17,3	6,9
Studierende je Maßnahme (C/A)	457	497	684	442	845

Während Sachsen-Anhalt also mit 17,3 Maßnahmen je Hochschule die größte Dichte an Handlungsansätzen aufweist, ist diese in Thüringen mit 6,9 am geringsten. Diese Relationen spiegeln sich auch in der Gewichtung der landesweit gezählten Maßnahmen mit der Gesamtstudierendenanzahl des Landes wider. Die Varianz der Aktivitätsdichte erklärt sich damit nicht durch abweichende Hochschulgrößen in den Bundesländern.

Übersicht 55: Verteilung der Maßnahmen nach Herausforderungen und Bundesland (in %)



Die Verteilung adressierter Herausforderungen wurde auf Basis von 109 Maßnahmen in Brandenburg, 79 in Mecklenburg-Vorpommern, 151 in Sachsen, 121 in Sachsen-Anhalt und 62 in Thüringen ermittelt.

Insgesamt verteilen sich die Maßnahmen, mit denen Hochschulen auf demografisch induzierte Herausforderungen reagieren, relativ homogen über die Länder, wenn man deren jeweilige Hochschulanzahl betrachtet. Nur in Thüringen ist der Mittelwert der Aktivitäten je Hochschule deutlich niedriger. In Mecklenburg-Vorpommern liegt der Anteil an Maßnahmen, die der Abwanderung entgegenwirken können, deutlich über den Werten der anderen Länder. (Übersicht 55)

Übersicht 56: Die zehn häufigsten Einzelmaßnahmen nach Bundesland

	BB		MV		SN		ST		TH	
1.	Transferstellen	14	Sonstige Kooperationen	8	kostenpflichtige Weiterbildung	13	Übergang Schule/Hochschule	17	kostenpflichtige Weiterbildung	5
2.	Career Service	8	kulturelle Beiträge	6	Übergang Schule/Hochschule	12	kostenpflichtige Weiterbildung	11	Transferstellen	5
3.	Übergang Schule/Hochschule	6	Transferstellen	5	Career Service	11	Bildungsangebote für Schüler	7	Bildungsangebote für Kinder	4
4.	Bildungsangebote für Kinder	5	Forschung und Entwicklung	5	Erwachsenenbildung	7	Transferstellen	6	regionale Kooperation	4
5.	Sonstige Kooperationen	5	Bildungsangebote für Kinder	5	regionale Kooperation	7	Bildungsangebote für Kinder	6	Modellprojekte mit Bildungseinrichtungen	3
6.	Öffnung Hochschulzugang	5	Regionales Forschungsprojekt	4	kulturelle Beiträge	7	kulturelle Beiträge	5	Vermittlung von Absolventen	3
7.	Strukturen für Kinder	4	Duales Studium	3	Transferstellen	7	Sonstige Kooperationen	4	Sonstige Kooperationen	3
8.	gute Studienbetreuung	4	Erwachsenenbildung	3	Bildungsangebote für Kinder	6	Gründerzentrum	4	Gründerzentrum	3
9.	Gründerzentrum	4	Einnahmesteigerungen	3	Lehrerbildung	5	Strukturen für Kinder	4	Übergang Schule/Hochschule	2
10.	Weiterbildungsangebote	3	Strukturmaßnahmen	2	Bildungsangebote für Schüler	5	Vermittlung von Absolventen	4	Seniorenuniversität	2

Trotz der ähnlichen Verteilung bei der Adressierung der fünf demografischen bzw. regionalen Herausforderungen über die Länder verbergen sich dahinter im Detail durchaus verschiedene Maßnahmen:

- So ist auffallend, dass die kostenpflichtige Weiterbildung in Sachsen-Anhalt und in Sachsen eine führende Rolle einnimmt: Zusammen bieten die dortigen Hochschulen 24 der insgesamt 34 identifizierten kostenpflichtigen Weiterbildungsangebote an.
- Career-Service-Einrichtungen sind bisher nur in Brandenburg und Sachsen weit verbreitet.
- Einrichtungen zur Unterstützung von Gründungen finden sich in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen noch nicht häufig.
- Transferstellen hingegen sind in allen Ländern mittlerweile mehrfach eingerichtet worden, wenn auch noch nicht flächendeckend.

2.2 Maßnahmen zur Erschließung weiterer Finanzierungsquellen

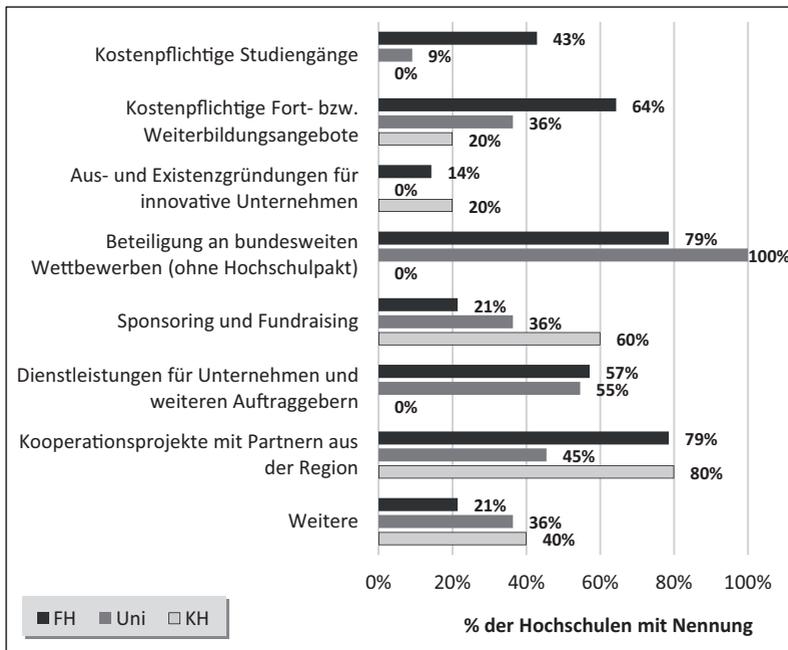
Aufgrund der sich verschärfenden Finanzierungssituation der Hochschulen wurde ein Blick auf die Maßnahmen zur Absicherung bzw. Ergänzung der Hochschulhaushalte geworfen. Aus der vorangegangenen Auswertung ist bereits hervorgegangen, dass kostenpflichtige Weiterbildung, FuE-Kooperationsprojekte und sonstige Kooperationen häufig vorzufindende regionale Handlungsansätze der Hochschulen sind. Hieran knüpft sich die Frage, ob sie auch wirksame Instrumente im Hinblick auf die Finanzausstattung sein können.

Im Rahmen der schriftlichen Befragung wurden die Hochschulleitungen nach zusätzlichen Finanzierungsformen ihrer Hochschule gefragt. Hierbei stand im Vordergrund, ob und welche Maßnahmen die Hochschulen bereits ergriffen haben, um zusätzliche Ressourcen für die Mittelausstattung jenseits der Landeszuweisungen sowie den Mitteln aus dem Hochschulpakt zu erschließen. Kriterium für die Berücksichtigung in der Befragung war, dass die generierten Mittel mindestens ein Prozent des gesamten Hochschulbudgets ausmachen.

Es zeigt sich ein recht differenziertes Bild für die unterschiedlichen Hochschularten (Übersicht 57):

- Kostenpflichtige *Studiengänge* finden bisher in nennenswertem Umfang an Fachhochschulen statt: 43 Prozent der Fachhochschulen geben dies an.

Übersicht 57: Zusätzliche Finanzierungsformen der Hochschulen nach Hochschultyp (in % der Hochschulen)



Quelle: Schriftliche Befragung der ostdeutschen Hochschulen. N=30, darunter 14 FHs, 11 Unis und 5 KHs. Bezogen auf den Gesamtwert entspricht damit eine Hochschule einem Anteil von 3 %.

- Ausgeprägter ist dieser Trend offenbar im Hinblick auf kostenpflichtige *Fort- und Weiterbildungsangebote*: 64 Prozent der Fachhochschulen, aber auch 36 Prozent der Universitäten und 20 Prozent der künstlerischen Hochschulen bieten solche an.
- Bedeutsame Mittelrückflüsse aus der Beteiligung an *Aus- und Existenzgründungen* haben lediglich Fachhochschulen (14 %) und künstlerische Hochschulen angegeben (20 %).
- Die Beteiligung an *bundesweiten Wettbewerben* spielt hingegen für alle Universitäten und den Großteil der Fachhochschulen (79 %) eine wichtige Rolle, wohingegen keine der künstlerischen Hochschulen dies angab.
- *Sponsoring und Fundraising* stellen für 60 Prozent aller künstlerischen Hochschulen, die an der Erhebung teilgenommen haben, eine rele-

Praxisbeispiel: WINGS GmbH an der Hochschule Wismar

Das Fernstudienzentrum Wismar International Graduation Services GmbH (WINGS) ging 2004 aus dem ehemaligen Fern- und Weiterbildungszentrum der Hochschule Wismar hervor und ist ein Tochterunternehmen der Hochschule. Als Dozenten agieren u.a. einige der Professoren in Nebentätigkeit. Insgesamt sind mehr als 100 Dozenten nebenberuflich involviert. WINGS beschäftigt 32 Mitarbeiter/innen. Derzeit sind etwas mehr als 3.100 Fernstudenten und rund 150 Weiterbildungsteilnehmer bei der WINGS eingeschrieben, wobei die Studierendenzahlen in den letzten Jahren stetig gestiegen sind. Neben dem Standort in Wismar sind über Kooperationspartner bundesweit zehn Standorte sowie weitere vier Standorte im Ausland eingerichtet worden. Das Fernstudienzentrum finanziert sich über Gebühren für die Studienangebote.

Folgende Fernstudiengänge, die zu staatlichen Hochschulabschlüssen führen, werden angeboten:

- Master: Sales and Marketing, Business Consulting, Wirtschaftsinformatik, Business Systems, Facility Management, Quality Management, Bautenschutz, Bauen mit Bestand, Architektur und Umwelt, Integrative Stadt-Land-Entwicklung, Architecture and Environment, Lighting Design
- Bachelor: Betriebswirtschaft, Wirtschaftsinformatik, Sportmanagement, Wirtschaftsrecht (online), Betriebswirtschaft mit Zusatzzertifikat Gesundheitswesen
- Diplom: Betriebswirtschaft (u.a. auch postgradual), Wirtschaftsinformatik, Betriebswirtschaft mit Zusatzzertifikat Gesundheitswesen

Daneben werden verschiedene Weiterbildungen, die mit Hochschulzertifikat abschließen, angeboten: Business Coaching, Mediation, Gesundheitswesen, Maritime Weiterbildungen Seefahrt, Nachhaltiges Bauen.

Die WINGS baut derzeit ihre Kapazitäten im Bereich Online-Fernstudiengänge aus. Bisher wird Wirtschaftsrecht als Bachelorstudium mit großer Resonanz angeboten. Durch die 14 Standorte können die Präsenz-Wochenendveranstaltungen in einem großflächigen Radius angeboten werden, was sich auch an der seit Jahren positiven Entwicklung der Fernstudierendenzahl zeigt. WINGS hat zudem ein Alumninetzwerk aufgebaut. Eine Hürde für die Umsetzung stellten die Lebens- und Lernbedingungen in Wismar dar.

WINGS legt nach eigener Aussage großen Wert auf einen engen Kontakt der Studierenden untereinander, aber auch zu ihren Dozenten und Studienbetreuern. Dabei werde jede/r Studierende von einem Studiengangskoordinator persönlich betreut. Dies werde flankiert durch einen Online-Campus, der als zentrale Kommunikationsplattform dient. Das Fernstudienzentrum folge dabei der Einschätzung, dass berufsbegleitende Weiterbildung auch für Unternehmer ein wichtiger Baustein sei, um qualifizierte Mitarbeiter zu fördern und an ihr Unternehmen zu binden.

Quellen: eigene Recherche, mündliche und schriftliche Befragungen

vante Finanzierungsquelle dar. Teilweise ist dies auch für Universitäten der Fall (36 %) und Fachhochschulen (21 %).

■ Ferner nehmen *Dienstleistungen* als weitere Einnahmequelle für 55 Prozent der Universitäten und 57 Prozent Fachhochschulen eine wirksame Funktion ein, für die künstlerischen Hochschulen hingegen nicht.

■ Übergreifend von hoher Bedeutung sind den Ergebnissen zufolge *Kooperationsprojekte* mit Partnern aus der Region. Dieser Aspekt wurde von 80 Prozent der künstlerischen Hochschulen, 79 Prozent der Fachhochschulen und 45 Prozent der Universitäten hervorgehoben.

■ Vereinzelt werden weitere Finanzierungsquellen angegeben (insgesamt 30 % aller Hochschulen), jedoch wird in den meisten Fällen nicht näher expliziert, welche damit gemeint sind. Konkret genannt werden drittmittelgeförderte Forschungsprojekte durch den Bund und DFG bzw. andere öffentliche Drittmittelgeber sowie Stiftungen, also zum Normalbetrieb von Hochschulen gehörende Aktivitäten.

Aus den Ergebnissen lässt sich schließen, dass die in der Praxis häufiger zur Anwendung kommenden Maßnahmen durchaus eine Doppelfunktion erfüllen können: Sie bearbeiten Folgen des demografischen Wandels und können gleichzeitig Beiträge zur Finanzierung der eigenen Hochschule leisten. Hierunter fallen überwiegend Maßnahmen, die zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Region beitragen.

2.3 Maßnahmen zur Einbindung der Studierenden

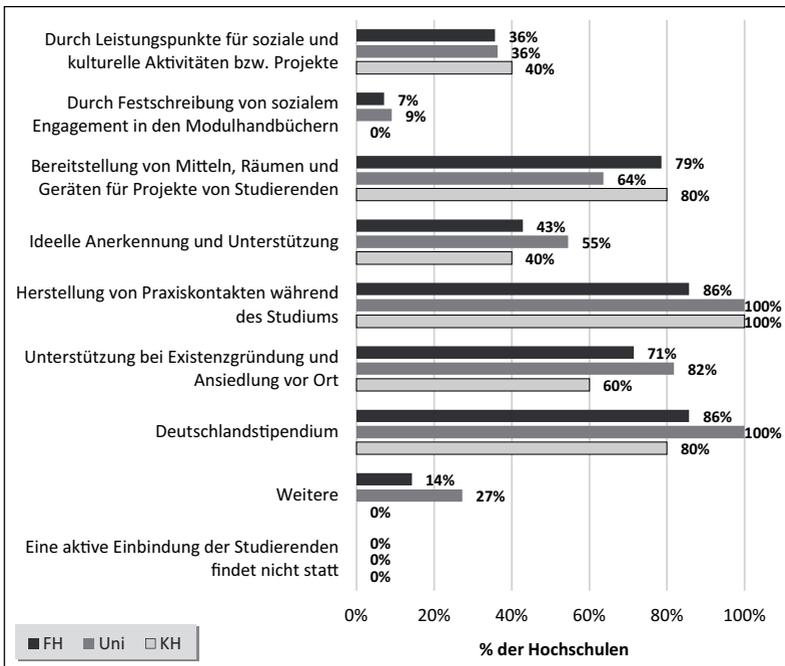
Im Rahmen hochschulischer Beiträge zur Bearbeitung demografischer Herausforderungen können auch Studierende eine wichtige Rolle spielen. Bei entsprechender Gestaltung des Studiums besteht eine Reihe von Möglichkeiten, die Studierenden in regionales Engagement ihrer Hochschule einzubinden. Dazu gibt es zahlreiche praktische Ansätze, die gesellschaftliches Engagement von Studierenden in der Lehre didaktisch nutzbar machen bzw. die Studierenden an gesellschaftliches Engagement heranführen. Hochschulen können entsprechende Werte nicht nur formulieren, sondern auch in den Hochschulalltag integrieren und damit gleichzeitig die Qualität ihrer Lehre verbessern. Durch einen kontinuierlichen Dialog mit der Zivilgesellschaft kann zudem die Sichtbarkeit der Hochschule in der Region gestärkt werden.

In der Erhebung wurde daher gefragt, inwiefern Studierende in regelmäßiger bzw. formalisierter Form oder überhaupt in regionale bzw. ge-

sellschaftsbezogene Aktivitäten eingebunden werden (Übersicht 59). Insgesamt weisen die Hochschultypen recht ähnliche Ergebnisse auf:

- Die größten Gemeinsamkeiten gibt es bei den *Deutschlandstipendien*, für die regionale Kofinanziers gewonnen werden (100 % der Universitäten, 86 % der Fachhochschulen und 80 % der künstlerischen Hochschulen) sowie der Unterstützung bei der Herstellung von Praxiskontakten während des Studiums (100 % der Universitäten und künstlerischen Hochschulen sowie 86 % der Fachhochschulen).
- Ebenfalls häufige Praxis ist die Bereitstellung von Mitteln, Räumen und Geräten für entsprechende *Projekte* der Studierenden (73 % aller Hochschulen).

Übersicht 59: Formen der Einbindung der Studierenden (in % der Hochschulen)



Quelle: Schriftliche Befragung der ostdeutschen Hochschulen. N=30, darunter 14 FHs, 11 Unis und 5 KHs. Bezogen auf den Gesamtwert entspricht damit eine Hochschule einem Anteil von 3 %.

Praxisbeispiel: Service Learning an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Die Verbindung aus Lehre, Forschung und zivilgesellschaftlichem Engagement wird an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg seit 2007 unter dem Schlagwort „Service Learning“ in den Mittelpunkt gerückt: „Im konkreten gesellschaftlichen Tun (Engagement) von Studierenden soll durch die Reflexion gesellschaftlicher Praxis einerseits erfahrungsbasiertes Wissen generiert werden (Learning) und andererseits ein ‚nützlicher‘ Beitrag zur Verbesserung gesellschaftlicher Aufgabenstellungen und Probleme gemeistert werden (Service).“ (Backhaus-Maul/Roth 2013: 7)

Dieses Projekt gewann in den vergangenen Jahren nicht nur an Bekanntheit, sondern auch an erheblichem Interesse innerhalb der Hochschule. Mittels Modulen im Bereich der Allgemeinen Schlüsselqualifikationen (ASQ) und hochschuldidaktischer Weiterbildungsangebote für die Lehrenden wird die Initiierung einschlägiger Projekte vorangetrieben. Eine Koordinierungsstelle, angesiedelt im Bereich Erziehungswissenschaften, begleitet die einzelnen Projekte, z.B.:

- Institut für Rehabilitationspädagogik, Arbeitsbereich Körperbehindertenpädagogik („Kommunikation und Begleitung“): Entwicklung von Projekten zur Erweiterung und langfristigen Etablierung der Arbeit des ambulanten Kinderhospizdienstes der Björn Schulz STIFTUNG in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Enttabuisierung des Themas „Tod, Trauer, Sterben“ sowie der Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit.
- Professur für Öffentliches Recht, Schwerpunkt Migrationsrecht („Praxisprojekt Migrationsrecht“): In Kooperation mit der Migrantenberatung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes/Landesverband Sachsen-Anhalt erarbeiten die Studierenden Lösungsvorschläge für aktuelle migrationsrechtliche Fälle.
- Institut für Agrar- und Ernährungswissenschaften, Unternehmensführung im Agribusiness („Marketing im Agribusiness“): Durchführung einer Konsumentenbefragung zum Thema „Verbraucherverhalten bei Direktvermarktung“ in Kooperation mit dem Verein Stadt und Land Region Halle.

In allen Disziplinen zeige sich dabei inzwischen eine breite Akzeptanz und fänden sich Anknüpfungspunkte. Zu fördern sei noch die Bekanntheit des Begriffs Service Learning und dessen, wie er gefüllt werden kann. Daher legten die beteiligten Mitarbeiter/innen 2013 eine Studie zur Verbreitung und Struktur von Service-Learning-Angeboten an allen deutschen Hochschulen vor und fördern so das anwendungsbezogene Grundlagenwissen in diesem Bereich. Die Studie habe Interesse geweckt und – auch durch entsprechende Pressearbeit – zur Verbreitung des Themas beigetragen.

Finanziert wurde das Projekt in den letzten Jahren vorrangig aus Mitteln des DAAD und des BMSFJ, zu je zehn Prozent durch die Hochschule und die Volksbank. Um eine stetige Arbeit zu ermöglichen, dürfe es einer permanenten Mittelekquise. Betreut wird das Projekt derzeit von drei Mitarbeiter/innen, wobei

der Projektleiter selbst eine Haushaltsstelle an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät innehat.

Durch die Verbindung zur Freiwilligenagentur Halle wird es zudem möglich, mit Akteuren innerhalb der Region zu kooperieren, zu denen es sonst kaum Zugangsmöglichkeiten gäbe. Für eine reale Umsetzungsarbeit sei diese aktive Vernetzung mit der Stadt und Region ebenso notwendig wie eine aktive Überzeugungsarbeit innerhalb der Hochschule.

Um diese Form der Hochschullehre weiter zu verbreiten, bedürfe es neben der Überzeugung von Lehrenden auch der Sensibilisierung von Studierenden. Diese erhielten nicht nur Praxiseinblicke, sondern erweiterten auch ihre Kompetenzen. Besonders in entwicklungsgeschwächten Regionen sei es wichtig, das Interesse an nichtvergüteter Arbeit zu wecken und das zivilgesellschaftliche Engagement zu fördern. Dafür bedürfe es auch struktureller Anpassungen bspw. der Modulhandbücher und Prüfungsordnungen. Diese sollten offen und flexibel gestaltet sein und den Studierenden Freiräume ermöglichen, sich zu engagieren. Die Einbindung internationaler Studierende berge zudem integrative Komponenten und fördere die Toleranz und Offenheit ein Region.

Besonders die Akzeptanz in der Hochschulleitung, die über verbale Äußerungen hinausgehe, sei einer der Gründe für den Erfolg des Projektes. Ohne Strategien, Ressourcen und die aktive Unterstützung und Verbreitung des Themas sei es kaum möglich, Überzeugungsarbeit für ein derartiges Projekt zu leisten. Auch die Motivation der Mitarbeiter, die an einer langfristigen Entwicklung des Bereichs Service Learning interessiert seien, sei einer der Erfolgsbausteine.

Quelle: Backhaus-Maul/Roth (2013), eigene Recherche, mündliche und schriftliche Befragungen

- Danach folgt die Unterstützung von Studierenden bzw. Absolventen bei der *Existenzgründung oder Ansiedlung* vor Ort (73 % der Hochschulen, darunter 78 % der Universitäten).
- Weniger oft wird hingegen die ideelle Anerkennung und Unterstützung von persönlichem Engagement betrieben (47 % aller Hochschulen).
- Immerhin an 37 Prozent der Hochschulen, darunter alle künstlerischen, werden *Leistungspunkte* für soziale und kulturelle Aktivitäten vergeben. Kaum Resonanz scheint dagegen bisher die Festschreibung von sozialem Engagement in den Modulhandbüchern (7 %) gefunden zu haben.

Die Ergebnisse legen unausgeschöpfte Möglichkeiten nahe. Studierende werden offenkundig noch nicht in umfassender Form als Ressource für sozialräumliches Wirken der Hochschulen verstanden. Hierfür wäre eine stärkere Einbettung des studentischen Engagements in das Curriculum zielführend. Selbst wenn sich am Ende nicht für jedes Studienfach geeignete Formen der Vergabe von Leistungspunkten finden lassen sollten: Es

spricht wenig gegen eine stärkere Berücksichtigung gesellschaftlichen Engagements in der Gestaltung zahlreicher Studiengänge. Sowohl für die Hochschulen als Institution, die Forschenden, die Studierenden, die Lehrenden als auch für die Akteure der Zivilgesellschaft eröffneten sich damit gewinnbringende Möglichkeiten.

Die Anknüpfungspunkte in Sozial- und Geisteswissenschaften incl. Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, technischen Studiengängen und den lebensweltnahen Naturwissenschaften liegen auf der Hand. Wissenschaftsgebundene Praxisorientierung, exemplarisches Erfahrungslernen und Problemorientierung finden in den demografisch herausgeforderten Regionen ein reiches Feld für Anwendungsbezüge im Studium. Positiv kann aber festgehalten werden: Bereits heute wird die Eigeninitiative von Studierenden in der Mehrheit der Hochschulen durch Bereitstellung von Sach- und Finanzmitteln unterstützt.

2.4 Organisation, Kommunikation und Potenziale

2.4.1 Auslöser für Kooperationsprojekte und gesellschaftsbezogenes Hochschulengagement

Das Entstehen hochschulischer Aktivitäten hängt nicht nur von der Initiative der Hochschulleitung ab. Es geht – nicht zuletzt aufgrund der für Hochschulen typischen Handlungsfreiräume der Professoren und Professorinnen – häufig von der Arbeitsebene der Hochschule aus und wird dann ebendort auch umgesetzt. Dies spiegelt sich auch in den Antworten der Hochschulen aus der schriftlichen Befragung wider:

- Während knapp über ein Drittel der Hochschulen das einschlägige Engagement überwiegend auf die Initiative der *Hochschulleitung* zurückführt, gibt eine etwa gleichhohe Anzahl von Hochschulen an, dass solches Engagement vor allem durch *einzelne Professoren* entstehe.
- Darüber hinaus sehen aber auch mehrere Hochschulen das Engagement überwiegend durch *mehrere Fachbereiche/Fakultäten* (17 % der Antworten) bzw. überwiegend durch *einzelne Fachbereiche/Fakultäten* (12 %) angeregt.

Andere Einrichtungen der Hochschule werden nur von zwei Hochschulen als wichtigster Treiber für Engagement in der Region angegeben (Übersicht 61). Allerdings ist einschränkend zu erwähnen, dass Hochschullei-

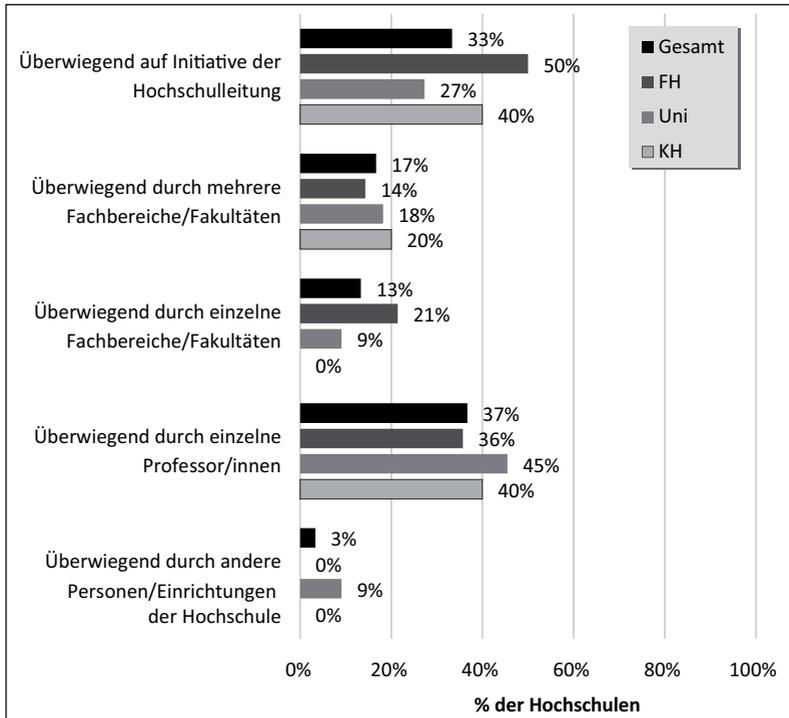
tungen in der Regel keinen vollständigen Überblick über Aktivitäten aller hochschulischen Akteure haben (können).

Diese Beobachtungen sind für alle Hochschultypen in etwa gleichem Maße gültig. Doch haben an den Universitäten die Hochschulleitungen eine etwas geringere Bedeutung für das Engagement in der Region als die Professoren und Professorinnen. Diese Befunde verweisen auf die wichtige Rolle der Hochschullehrer als Initiatoren gesellschaftlichen Engagements, insbesondere im Vergleich mit den Fachbereichen bzw. Fakultäten. Dies kann auch aus den Anspruchsgruppenbefragungen bestätigt werden. Der Bottom-up-Ansatz scheint also in diesem Kontext ein durchaus verbreitetes Phänomen zu sein.

Gleichwohl zeigt sich, dass auch Hochschulleitungen eine wirksame Funktion beim Entstehen regionalen Engagements einnehmen. Dies impliziert jedoch eine Steuerungsproblematik, denn: Die Hochschulleitungen sind nur in der Minderheit der möglichen Hochschulbeiträge selbst ausführendes Organ. Sie können als Initiatoren die Umsetzung von Maßnahmen in erster Linie delegieren und begleiten. Dies erfordert ein hohes Maß an hochschulinterner Kooperationsbereitschaft, sowohl im Verhältnis zu Fachbereichen/Fakultäten als auch zu den involvierten Professuren. Gegenüber der dezentralen Steuerung durch die Hochschullehrer/innen selbst liegt in der Top-down-Delegierung von Maßnahmen, sofern diese versucht wird, ein grundsätzliches Umsetzungshemmnis.

Eine Frage ist auch, ob Kooperationen eher durch die Hochschulen initiiert oder von außen angeregt werden. Die Mehrheit der Hochschulen (57 %) – insbesondere Universitäten (82 %) und Kunsthochschulen (80 %) – gibt hierbei an, dass die Zusammenarbeit im gleichen Maße von Hochschulen wie von externen Partnern angeregt werde. Die Aussagen der Anspruchsgruppenbefragungen bestätigen dies. Die Nachfrage nach Kooperationen zwischen Hochschulen und externen Partnern könne als Wechselspiel verstanden werden, so der Grundtenor. Bei den Fachhochschulen dagegen gingen Kooperationen hauptsächlich von der Hochschule selbst aus (57 % der FHs). Teilweise wird auch darauf verwiesen, dass man überwiegend ohne externe Partner in der Region aktiv werde (10 %). Keine einzige Hochschule sah das Engagement überwiegend von externen Partnern ausgehend. (Übersicht 61)

Übersicht 61: Entstehung von Engagement der Hochschule (in % der Hochschulen)



Quelle: Schriftliche Befragung der ostdeutschen Hochschulen. N=30, darunter 14 FHs, 11 Unis und 5 KHs. Bezogen auf den Gesamtwert entspricht damit eine Hochschule einem Anteil von 3 %.

Externen Akteuren, die als Kooperationspartner für hochschulische Aktivitäten mit Demografie- und Regionalbezug von Bedeutung sind, fehle es häufig an Wissen über hochschulische Problemlagen, Leistungsfähigkeiten und Ansprechpartner, so ein Ergebnis der Anspruchsgruppenbefragungen. Zudem sei fehlende Kooperationsnachfrage von Unternehmen in

Übersicht 62: Praxisbeispiel: TU Dresden – Freiwillige Feuerwehr

Praxisbeispiel: Freiwillige Feuerwehr an der Technischen Universität Dresden

Absehbar werden sinkende Haushalte, eine älter werdende Bevölkerung und Abwanderung auch Auswirkungen auf den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge

haben. Neben den Folgen etwa für die Energie- oder Wasserversorgung wird auch die Gewährleistung eines funktionierenden Feuerwehr- und Katastrophenschutzes, insbesondere in ländlichen Regionen, zu einer realen und die einzelnen Bürger/innen direkt betreffenden Herausforderung. Die Einflussmöglichkeiten von Hochschulen scheinen hier zunächst gering zu sein. Neben ihren traditionellen Aufgaben in Lehre und Forschung können die Hochschulen aber auch Teil unmittelbarer Infrastruktursicherung sein.

An der heutigen TU Dresden wurde bereits zu Beginn der 1950er Jahre ein Löschtrupp gebildet, welcher sich in den darauf folgenden Jahrzehnten zu einer Betriebsfeuerwehr entwickelte. Nach 1990 war es gelungen, die Feuerwehr zu erhalten und technisch weiter aufzurüsten. Ihre Arbeit beschränkt sich auf das Gelände und die Gebäude der TU Dresden – außer jedoch im Katastrophenfall. Zu den Aufgabenbereichen zählen u.a. Brandschutz und technische Hilfeleistungen. Die Wehr ist eine Freiwillige Feuerwehr mit derzeit 22 Kameraden und Kameradinnen. Diese sind sämtlich Mitarbeiter oder Studierende der Universität – wobei sie im näheren Umfeld der Feuerwache wohnen sollten, um im Brandfall schnell agieren zu können.

Die räumliche Nähe ermöglicht auch schnelle und unbürokratische Hilfe innerhalb der Hochschule, bspw. bei der Sicherung von Veranstaltungen. Auch Brand-schauen und Schulungen für Mitarbeiter der Hochschule werden regelmäßig durchgeführt. Wichtig für das Fortbestehen der Wehr sei das Engagement der einzelnen Mitglieder. Zumeist hätten diese sich bereits vor Beginn ihres Studien- oder Arbeitsbeginns an der Hochschule in anderen Freiwilligen Feuerwehren engagiert und trügen nun in ihrer Erwerbstätigkeit bzw. ihrem studentischen Umfeld zur Bekanntheit der Wehr und zur Sensibilisierung für das Thema Brandschutz bei.

Die Arbeit in einer Freiwilligen Feuerwehr benötigt das Verständnis des jeweiligen Beschäftigten. Da die TU selbst in erster Linie am Schutz ihrer Angehörigen und Gebäude interessiert ist, sei die Arbeitsfähigkeit der Wehr grundlegend gesichert, wenn auch darauf verwiesen wird, dass das Verständnis beim wissenschaftlichen Personal manchmal zu erkämpfen sei. Die Kooperation mit der Dresdner Berufsfeuerwehr sei sehr eng, so gebe es regelmäßige Weiterbildungen und gemeinsame Übungen.

Die Berufsfeuerwehr ersetzen kann eine Betriebsfeuerwehr jedoch nicht. Dazu sind weder die personellen Kapazitäten vorhanden noch die nötige Technik. Die Ortskenntnis der Kameraden kann jedoch die Arbeit der Berufsfeuerwehr im Brandfall erleichtern, und auch im vorbeugenden Brandschutz entlastet eine solche Einrichtung und trägt so zur Sicherheit in der Kommune bei.

Als Teil der Hochschulstruktur wird die Feuerwehr aus der hochschulischen Grundfinanzierung (Arbeitsschuttmittel) unterhalten. Dabei war es in den letzten zehn Jahren möglich, die technische Ausstattung kontinuierlich zu erneuern und auch ein neues Löschfahrzeug anzuschaffen. Um begrenzte Mittel auch in einen nicht zu den zentralen Aufgabenbereichen gehörenden Sektor zu investieren, bedarf es der Unterstützung der Hochschulleitung. Ebenso ist das Verständnis der jeweiligen Vorgesetzten wichtig, um die Arbeit einer Freiwilligen Feuerwehr zu ermöglichen.

Quellen: eigene Recherche, mündliche und schriftliche Befragungen

der klein- und mittelständischen Wirtschaftsstruktur der ostdeutschen Länder begründet: Kleinere Unternehmen verfügen über nur beschränkte Kapazitäten, verstetigte Kontaktpflege mit Hochschulen in ihr Alltagsgeschäft zu integrieren. Wenn Hochschulen für bestimmte Projekte Partner suchen, würden diese daher den Unternehmen vorgestellt und eine Beteiligung nachgefragt. Der umgekehrte Fall, dass Unternehmen an der Hochschule Leistungen nachfragen, sei seltener der Fall. Sehr oft aber entstünden Kooperationen von Hochschulen und externen Partnern über persönliche Kontakte.

2.4.2 Demografie und Region als Themen der verschiedenen Ebenen der Hochschulplanung

Aus den Angaben der Hochschulen zu den Ebenen der Hochschulplanung lässt sich zuallererst festhalten: Fast alle Hochschulen sind durch Zielvereinbarungen mit der jeweiligen Landesregierung zur Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel aufgefordert. Die Länder als Träger der Hochschulen nehmen damit eine wichtige Funktion als Impulsgeber wahr. Allerdings lässt sich dieser Anspruch nicht in ähnlich durchschlagender Kraft in den anderen Bereichen wiederfinden.

So findet sich eine Berücksichtigung demografischer Herausforderungen bei nur etwa einem Drittel der Hochschulen in *internen* Zielvereinbarungen. Dabei ist jedoch in Rechnung zu stellen, dass nicht alle Hochschulen interne Zielvereinbarungen abschließen bzw. nicht in ähnlich formalisierter Form. Dennoch wirkt es so, als ‚versickern‘ die hier relevanten Erwartungen des Landes im konkreten Hochschulbetrieb.

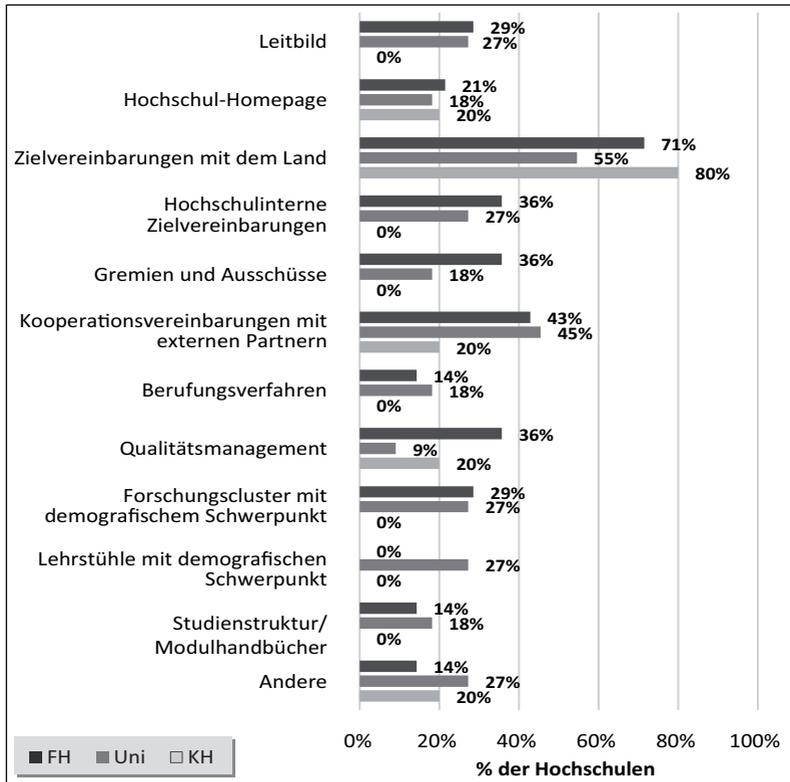
Immerhin rund die Hälfte der Hochschulen gibt an, Kooperationsvereinbarungen mit externen Partnern abgeschlossen zu haben. In Gremien oder Ausschüssen, die sich mit demografischen oder regionalen Themen befassen, ist hingegen nur ein Viertel der Hochschulen aktiv.

Etwa ein Drittel der Hochschulen verfügt über Forschungscluster mit demografischem bzw. regionalem Schwerpunkt. Ein Drittel der Universitäten – jedoch keine Fachhochschule – verfügt auch über Professuren mit einem inhaltlichen Bezug zu diesem Thema. Etwa zehn Prozent der Hochschulen berücksichtigen nach eigenen Angaben Themen des demografischen Wandels bzw. der Regionalentwicklung explizit in den Berufungsverfahren.

Anpassungen der Studienstruktur bzw. Modulhandbücher an dieses Thema sind ähnlich selten. Teilweise, am ehesten noch bei Fachhochschulen, ist das Qualitätsmanagement auf demografisch bedingte Verän-

derungen abgestimmt. Entsprechende Formulierungen im Leitbild der Hochschule und auf der Homepage finden sich nur bei einer geringen Zahl der Hochschulen. (Übersicht 63)

Übersicht 63: Berücksichtigte Ebenen der Hochschulplanung (in % der Hochschulen)



Quelle: Schriftliche Befragung der ostdeutschen Hochschulen. N=30, darunter 14 FHs, 11 Unis und 5 KHs

Sechs Hochschulen machten nähere Angaben, auf welchen anderen Ebenen sie demografisch bedingte Veränderungen berücksichtigen. Hier sind als komplementär zu den zuvor genannten Optionen Werbekampagnen für Studieninteressierte und Seniorenveranstaltungen hervorzuheben.

Die Angaben der Hochschulen zeigen sehr deutlich, dass die Themen, die der demografische Wandel auf die Agenda setzt, noch beträchtliches Entwicklungspotenzial für die Hochschulen enthalten. Die in den Hochschulen konzentrierte Expertise berührt jedenfalls mannigfach die ein-

schlägigen Herausforderungen. So bestehen Wissens- und Entwicklungsbedarfe hinsichtlich

- der Gestaltung des Verhältnisses besiedelter und entsiedelter Räume,
- der Infrastruktur und Verwaltungsprobleme dünn bevölkerter Siedlungsgebiete bzw.
- ganz allgemein der Sozialraumentwicklung: Stadtteilarbeit, Segregation, soziale Integration usw.,
- aber z.B. auch im Blick auf regionalisierte Stoff- und Güterkreisläufe,
- der Neubestimmung des Verständnisses von Erwerbstätigkeit incl. der Veränderung individueller Lebensverlaufsregimes,
- Tourismus und Gesundheitswirtschaft oder
- neue Management- und Marketingstrategien für KMUs in veränderten Märkten.
- Es geht um bauliche, Verkehrs- und technische Infrastrukturfragen sowie – Stichwort Stadtumbau –,
- materialwissenschaftliche Probleme,
- um die Folgen des veränderten Altersaufbau der schrumpfenden Bevölkerung und sich ändernde Generationenbeziehungen,
- die Veränderungen der Relation von inner- und außerfamilialem Bildungs- und Kompetenzerwerb oder
- um Suburbanisierung,

Auch wenn die Einrichtung von entsprechenden Professuren und Forschungsbereichen mit großem Aufwand verbunden sein mag und nur schwerlich in das Profil jeder Hochschule hineinpassen dürfte: Zumindest eine vertiefte Beschäftigung mit dem Thema im Leitbild und auf der Homepage ist nicht nur sinnvoll, sondern auch (quasi) kostenlos. Überschaubar hinsichtlich ihres Aufwands sind die Mitarbeit in Ausschüssen und Gremien sowie Kooperationsprojekte.

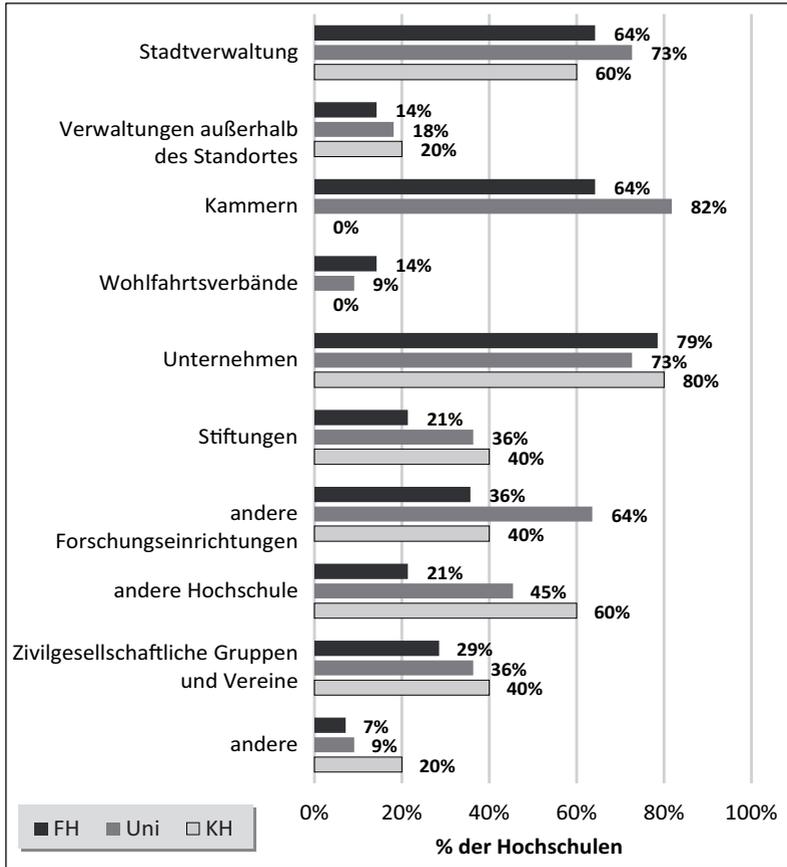
Die Fragmentierung der Hochschulplanung stellt dabei zwar zunächst ein Umsetzungshindernis dar. Künftig dürfte sich die Bedeutung des Themas demografischer Wandel aber ebenenübergreifend verstärken, so dass die Überwindung solcher Umsetzungshindernisse unabweisbar wird.

2.4.3 Kooperationspartner und -formen

Insgesamt lassen sich zwei regionale Kooperationspartner identifizieren, die für alle Hochschultypen bedeutsam sind: Stadtverwaltung und Unternehmen. Für Universitäten und Fachhochschulen sind zudem die Kam-

mern von großer Bedeutung – 82 Prozent der Unis und 64 Prozent der FHs geben dies an. (Übersicht 64)

*Übersicht 64: Kooperationspartner der Hochschulen
(in % der Hochschulen)*



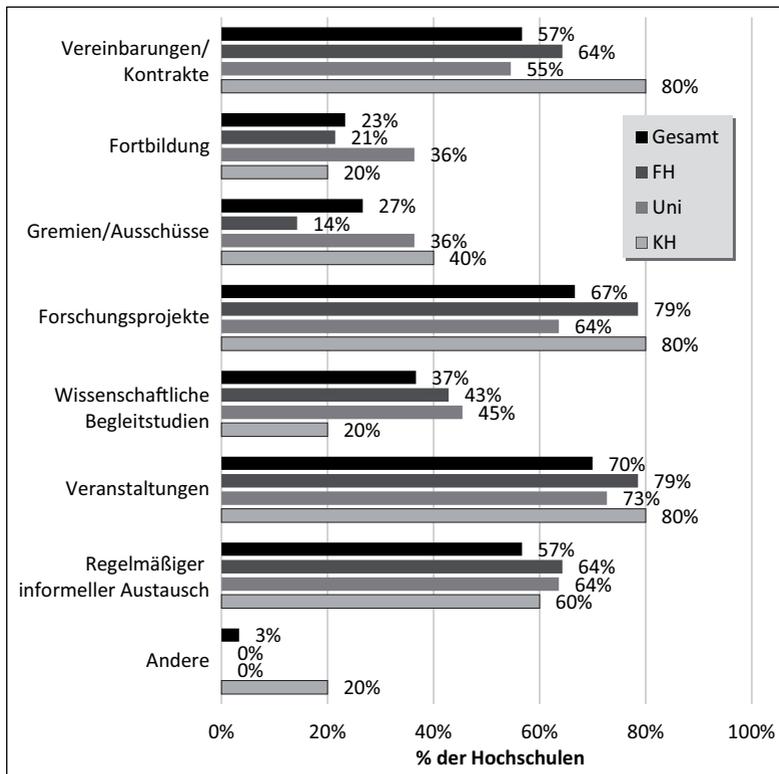
Quelle: Schriftliche Befragung der ostdeutschen Hochschulen. N=28, darunter 13 FHs, 11 Unis und 4 KHs. Für den Gesamtwert entspricht damit eine Hochschule einem Anteil von 4 %

Ferner arbeiten die Universitäten häufig mit anderen Forschungseinrichtungen (64 %) und gelegentlich mit anderen Hochschulen (45 %) in der Region zusammen. Allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass sich Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in einem Verhältnis der Konkurrenz um Drittmittel befänden. Wenn sich in einer

Region oder Stadt mehr als eine Hochschule befindet, dann bestehen dennoch in der Regel auch Kooperationen zwischen diesen.

Künstlerische Hochschulen geben häufig an, mit Stiftungen (40 %) und zivilgesellschaftlichen Gruppen (40 %) zusammenzuarbeiten. Auffallend ist, dass die Fachhochschulen vor allem mit Kammern, Stadtverwaltungen und Unternehmen kooperieren und eher selten mit anderen Anspruchsgruppen. Dazu wird innerhalb der Anspruchsgruppenbefragungen darauf verwiesen, dass Fachhochschulen auf Grund ihrer Größe eine individuellere Kommunikation mit regionalen Unternehmen leisten könnten.

Übersicht 65: Kooperationsformen mit externen Partnern (in % der Hochschulen)



Quelle: Schriftliche Befragung der ostdeutschen Hochschulen. N=30, darunter 14 FHs, 11 Unis und 5 KHs. Für den Gesamtwert entspricht damit eine Hochschule einem Anteil von 3 %.

Gefragt nach den Formen, in denen Kooperationen stattfinden, ergibt sich ein recht breites Spektrum (Übersicht 65):

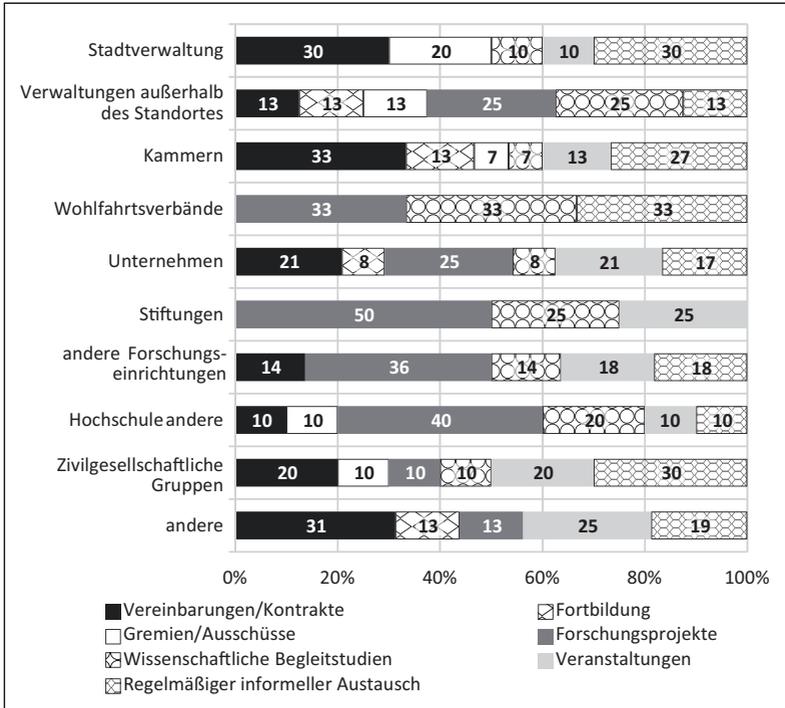
- Fachhochschulen nennen am häufigsten Forschungsprojekte und Veranstaltungen (jeweils 73 % der FHs), gefolgt von regelmäßigen informellem Austausch (64 %) und Vereinbarungen bzw. Kontrakten (55 %).
- Bei den Universitäten liegen die Schwerpunkte auf dem regelmäßigen informellen Austausch und Veranstaltungen (je 67 %). Auch werden hier Forschungsprojekte (56 %) und Vereinbarungen/Kontrakte (55 %) häufig angegeben.
- Häufig werden, von Universitäten wie von Fachhochschulen, auch wissenschaftliche Begleitstudien, Mitarbeit in Gremien bzw. Ausschüssen sowie Fortbildungsaktivitäten als typische Kooperationsformen erwähnt (je 44 %).

Insgesamt ergibt sich für Universitäten ein merklich breiteres Kooperationspektrum im Vergleich zu den Fachhochschulen. Bei den Kunsthochschulen liegen die Schwerpunkte ähnlich wie an den Universitäten, allerdings spielen – durch das spezifische Hochschulprofil bedingt – Begleitstudien hier keine und Fortbildung nur eine geringe Rolle.

Ferner wurden die Respondenten der Hochschulen gebeten, die Partner für die jeweilige Kooperationsform anzugeben. In Übersicht 66 sind diese Angaben kombiniert zusammengestellt:

- Mit den Stadtverwaltungen funktioniert die Zusammenarbeit z.B. häufig über Vereinbarungen und regelmäßigen Austausch. Externe Anspruchsgruppenvertreter geben an, dass die Kooperation zwischen Hochschulen und Stadtverwaltungen in der Regel auf Kooperationsvereinbarungen basiere, die mal mehr und mal weniger gelebt würden.
- Bei den Kammern ist es ähnlich, wobei Vereinbarungen eine noch größere Rolle spielen.
- In der Zusammenarbeit mit Unternehmen sind am häufigsten Forschungsprojekte Gegenstand der Kooperation. Häufig werden aber auch Veranstaltungen, Vereinbarungen und ein regelmäßiger Austausch genannt. Die Anspruchsgruppenbefragung ergab als Kooperationsformen mit Unternehmen vor allem Forschungs- und Entwicklungsprojekte, Forschungscluster, Wachstumskerne und Stiftungsprofessuren.

Übersicht 66: Kooperationspartner und -formen



Quelle: Schriftliche Befragung der ostdeutschen Hochschulen. N=30, darunter 14 FHs, 11 Unis und 5 KHs. Für den Gesamtwert entspricht damit eine Hochschule einem Anteil von 3 %

■ Partnerspezifischere Kooperationsformen stellen Fortbildung (Verwaltungen außerhalb des Standortes, Kammern, Unternehmen und andere) sowie Mitarbeit in Gremien und Ausschüssen (Stadtverwaltung innerhalb wie außerhalb des Standortes, Kammern, andere Hochschulen und Vereine) dar.

■ Ein überwiegend genutzter Operationsmodus für Zusammenarbeit scheint Netzwerkbildung zu sein. Unabhängig von Hochschulart und Region sind alle befragten Hochschulen in regionalen (wie auch überregionalen) Akteursnetzwerken zu verschiedensten thematischen Schwerpunkten vertreten.

Letztlich sind die Formen der Kooperation zwischen Hochschulen und externen Partnern immer an die regionale Situation, Interessenlagen und vorhandenen Ressourcen gebunden.

2.4.4 Ansprüche der externen Akteure an die Hochschulen

Ebenfalls in Rechnung zu stellen sind die spezifischen Ansprüche der Anspruchsgruppen, die sie an die Hochschulen und deren Aufgabenerfüllung haben.

Hochschullehre

Für die Hochschullehre und deren Kontexte als einem der klassischen Funktionsbereiche von Hochschulen werden durch die Anspruchsgruppen folgende zentralen Punkte benannt:

■ *Praxisbezug erhöhen:* Hochschulen sollen ihre Praxisanteile im Studium ausbauen, so befragte Anspruchsgruppenakteure von Unternehmen, Sozialpartnern und Zivilgesellschaft. Vielen Studierenden mangle es an der Fähigkeit, ihr erlerntes Wissen anzuwenden. Für Universitäten wird weit häufiger als für Fachhochschulen die Ausweitung der Praxisbezüge gefordert.

Dabei werden zweierlei Praxisbezüge angesprochen: zum einen das Angebot praxisorientierter Lehrveranstaltungen; zum anderen die Möglichkeit, während des Studiums Praxiserfahrungen außerhalb der Hochschule zu sammeln. Pflichtpraktika über wenige Wochen hinaus und praxisbezogene Projektarbeiten, auch in Kooperation mit nichthochschulischen Einrichtungen, sollten deshalb integraler Bestandteil des Studiums sein. Auch ein intensiver Austausch mit Unternehmen über Lehrinhalte solle forciert werden. Insbesondere für die Kooperation mit klein- und mittelständischen Unternehmen seien regelmäßige Informationsveranstaltungen seitens der Hochschule zielführend.

■ *Duale und berufs begleitende Studiengänge ausbauen:* Obwohl viele Unternehmen bereits Erfahrungen mit dualen Studiengängen gemacht hätten und diese hohe Akzeptanz genießen, sei das duale Studienangebot ausbaubedürftig – vor allem an Universitäten. Gleiches gelte für berufs begleitende Studiengänge.

Befragte Unternehmensakteure sehen bei Absolventen dualer Studiengänge einen Kompetenzvorsprung, da sie neben ihrer wissenschaftlichen Schulung bereits über intensive Praxiserfahrungen verfügten. Zudem weisen duale Studiengänge geringe Abbruch- und hohe Übernahmequoten auf. Bedarf an berufs begleitender wissenschaftlicher Weiterbildung, welcher Art auch immer, sei in den Unternehmen vorhanden. Eine konkrete Nachfrage könne sich allerdings nicht entfalten, solange die Angebote wenig transparent seien. Die Hochschulen sollten daher zum Aus-

bau solcher Angebote und ihrer besseren Kommunikation ermutigt werden.

Zugleich müsse den Hochschulen aber durch die Landesregierungen der finanzielle Spielraum gegeben werden, um ergänzend zum regulären Lehrangebot zusätzlich duale und berufsbegleitende Studiengänge anbieten zu können. Bei der Informationsweitergabe an kleinere Unternehmen seien zentrale hochschulische Einrichtungen vonnöten, die diese gewährleisten. Allerdings sind, so ist hier anzumerken, mit den Transferzentren solche Einrichtungen an den meisten Hochschulen inzwischen etabliert. Die Defizitwahrnehmung scheint folglich eher in einer mangelnden Außenkommunikation der Hochschulen über ihre Angebote begründet. Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und ein engerer Kontakt zu Kammern und Verbänden, so von uns interviewte Anspruchsgruppenvertreter, könnten dies beheben.

■ *Verstärkte Interdisziplinarität und Grundlagenausbildung:* Die Ausbildungsinhalte von Hochschulen sollen eine interdisziplinäre Gestaltung aufweisen und, insbesondere in den technischen Studiengängen, verstärkt auf die Grundlagenausbildung orientiert sein. Nur eine problemlösungsorientierte Lehre über Fachgrenzen hinaus könne Studierende für die zukünftigen interdisziplinären Anforderungen im Beschäftigungssystem vorbereiten. Diese bedürften sowohl eines breit gefächerten und umfangreichen Wissens als auch des Erwerbs von Schlüsselqualifikationen. Zudem würden Hochschulen durch den strategischen Einsatz von Interdisziplinarität kaum zusätzliche Ressourcen benötigen, um sich zukunftsfähig und zukunftsorientiert aufzustellen, so befragte Unternehmensakteure.

■ *Karriereberatung für Studierende und Absolventen:* Die fehlende Nähe der Arbeitsagenturen zu hochschulinternen Prozessen und aktuellen Entwicklungen des Arbeitsmarktes für Akademiker begrenze deren Effektivität in der Karriereberatung und Unterstützung beim Berufseinstieg von Hochschulabsolventen. Wenn zeitnah nach dem Abschluss kein passendes Berufsangebot zur Verfügung stehe bzw. Absolventinnen und Absolventen keine aktive Unterstützung erfahren, wanderten diese im Zweifel überregional ab. Karriere stünde in der Wertigkeit über regionaler Bindung.

Auch für potenzielle Studierende seien bei der Studienentscheidung die (wahrgenommenen) Karrieremöglichkeiten ein wichtiges Argument. Hier könnten aktiv kommunizierte Signale zu den Zukunftschancen in der Region hilfreich sein. Dies gewinne in peripheren Regionen an Bedeutung, denn dort ist der sich anbahnende Fachkräftemangel schwieriger durch Anwerbungen von außen zu kompensieren.

Studierende bei der Karriereentwicklung zu unterstützen gehöre zwar schon seit einigen Jahren mit der Einrichtung von Career Centern zunehmend zum akzeptierten hochschulischen Aufgabenspektrum. Doch ließe die Qualität der Servicedienstleistungen noch zu wünschen übrig. Wenn allerdings Karriereberatung und Unterstützung beim Berufseinstieg über Career-Service-Dienstleistungen wichtige Hochschulaufgaben sein sollen, dann müssten zusätzliche finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Derzeit mit der Kontaktaufnahme und Vermittlung von Studierenden an Unternehmen beauftragt, sei es denkbar, die Leistungen der Career Center auch für Absolventen anzubieten, um auch nach Studienabschluss die dann ehemaligen Studierenden weiter zu betreuen. Eine besondere Herausforderung bestehe an Universitäten, da diese auch eine Vielzahl von Geistes- und Sozialwissenschaftlern ausbilden. Hier seien in der Regel höhere Anstrengungen vonnöten, ihnen Wege in Beschäftigung oder Selbstständigkeit zu ebnen, als dies bei Ingenieurinnen oder Naturwissenschaftlern der Fall ist.

Forschung und Transfer

Im Bereich Forschung und Transfer werden folgende Ansprüche an die Hochschulen genannt:

■ *Kooperationen stärken:* Von Seiten mehrerer Anspruchsgruppenvertreter wird eine verstärkte Kooperation zwischen Hochschulen und klein- und mittelständischen Unternehmen als gewinnbringend erachtet. Auf Kooperationsmöglichkeiten mit Hochschulen müssten letztere deutlich aufmerksam gemacht werden.

So könne einerseits die Personalrekrutierung durch erhöhte Passgenauigkeit gestärkt werden. Andererseits fördere der frühzeitige Kontakt zu Studierenden die Bindung an regionale Unternehmen. Eine regelmäßige Präsenz der Unternehmen an Hochschulen könne zudem eine positivere Haltung von Studierenden gegenüber klein- und mittelständischen Unternehmen fördern. Der Hintergrund: Großunternehmen als mögliche Arbeitgeber würden bei den Studierenden in der Regel ein höheres Sicherheitsgefühl vermitteln und mehr Zukunftsperspektiven versprechen.

Eine intensive Kooperation mit klein- und mittelständischen Unternehmen ermögliche die Bündelung von Ressourcen und somit die gemeinsame Bearbeitung von aussichtsreichen Forschungs- und Entwicklungsprojekten. Hinsichtlich dessen sollten feste Ansprechpartner in Hochschulen die Initiierung derartiger Partnerschaften koordinieren.

Zur zentralen Vermarktung der FuE-Leistungen und Informationsweitergabe an regionale, insbesondere kleinere Unternehmen sei, neben einer zentralen Koordinierungs- und Anlaufstelle, ein gesammeltes hochschulisches Dienstleistungsportfolio hilfreich. Für ein solches Leistungsangebot müssten die hochschulischen Akteure in einen Austauschprozess kommen und die interne Informationsweitergabe offener gestaltet werden. Um die eingeforderten Anpassungen auch durchführen zu können, bedürfe es einer professionalisierten und flexiblen Hochschuladministration.

■ *Förderung von Gründungen:* Um regionale Innovationsstrukturen und die wirtschaftliche Stabilität zu stärken, wird vermehrt die Gründung neuer Unternehmen in forschungs- und technologieintensiven Wirtschaftszweigen gefordert. So werden Ausgründungen aus Hochschulen sowohl von den befragten Hochschulvertretern selbst als auch von anderen Anspruchsgruppen angeregt bzw. gefordert. Das setzt besonders qualifizierte Beratung und kompetente Begleitung voraus. Hier sollten Unterstützungsangebote durch die Hochschulen bereitgestellt und verzahnt werden. Dies sei bspw. über ein Enterprise Hub erreichbar. Eine solche Einrichtung sei nah am Campus und den Bedürfnissen der Hochschulmitarbeiter. Über die Etablierung von Co-Working-Spaces können zudem Räumlichkeiten für Gründer zur Verfügung gestellt werden.

Sozialräumliche Wirkungen

Zu hochschulischen Handlungsoptionen, die sozialräumliche Wirkungen entfalten können, äußerten die befragten Akteure folgende zentralen Ansatzpunkte:

■ *Attraktivierung für internationale Studierende:* Wichtig sei es, in den Regionen ein weltoffenes Klimas zu gestalten und die Internationalisierung voranzutreiben. Dafür sei eine enge Kooperation mit den Landesregierungen und Stadtverwaltungen, aber auch den regionalen Unternehmen nötig, um diese für die speziellen Anforderungen zu sensibilisieren. Hochschulen könnten vermehrt Sprach- und Brückenkurse anbieten.

Der Anspruch solle sein, ausländische Fachkräfte nicht nur anzuziehen, sondern auch dauerhaft zu halten. Dazu bedürfe es einer durchgängig praktizierten Willkommenskultur, die bereits während des Studiums ansetzen muss. Auch bestünde Potenzial darin, die Grenznähe der ostdeutschen Länder zu Polen und Tschechien zu nutzen. Diese würde, so Anspruchsgruppenvertreter, noch nicht ausreichend genutzt. Gerade hin-

sichtlich sprachlicher Barrieren gäbe es hier weniger Schwierigkeiten bei der Integration, als dies bei Studierenden nichteuropäischer Herkunft der Fall sei.

■ *Sichtbare Positionierung im Stadtbild und Hochschulmarketing:* Ein weiteres in mehreren Städten als relevant benanntes Hindernis bezieht sich auf die räumliche Trennung von Hochschulcampus und (Innen-)Stadt. Infolgedessen fehlten die Studierenden innerhalb des Stadtbildes. Die Wünsche von Anspruchsgruppenbefragten, vor allen aus der Zivilgesellschaft, zielen auf eine verstärkte Nutzung und Verlagerung von Hochschuleinrichtungen in innenstadtnahe Liegenschaften. Hochschulen könnten sich so besser ins Stadtbild integrieren und die (Innen-)Städte beleben.

Dies bleibt allerdings nicht ohne kritische Betrachtung. Andere befragte Anspruchsgruppenvertreter zweifeln daran, dass derartige Vorhaben mehr Studierende in die Mitte der Stadt locke und zu deren Belebung beitrage. Sie würden nur funktionieren, wenn zugleich studentischer Wohnraum in Innenstadtlagen geschaffen oder Wohnheime dorthin verlagert werden. Auch könne eine innerstädtische Fokussierung aktiven Studierendenlebens nicht von außen vorgegeben, sondern müsse von den Studierenden selbst entwickelt und gelebt werden. Hochschulleitung und Stadt könnten aber in Kommunikation mit den Studierenden Anreize dafür schaffen.

■ *Stärkung studentischen Engagements:* Von befragten zivilgesellschaftlichen Akteuren und einzelnen Workshop-Teilnehmern geht die Forderung aus, Studierende müssten noch stärker in regionales Engagement eingebunden werden. So müsse bspw. die Anerkennung und Förderung freiwilligen Engagements explizit ermöglicht werden. Dabei würden einerseits wichtigen Soft Skills erlernt und andererseits grundlegende Werte des gesellschaftlichen Miteinanders internalisiert.

Neben dem Fachstudium biete das Hochschulleben zwar auch heute schon eine ganze Reihe von Möglichkeiten, sich gesellschaftlich zu engagieren. Studentische Vereine, Verbände und einzeln engagierte aktive Studierende seien jedoch im – z.B. kulturellen – Leben der Städte kaum sichtbar. Diese müssten gestärkt werden und Unterstützung erfahren. Gleichzeitig müssten den Studierenden durch entsprechende Studienstrukturen zeitlich mehr Möglichkeiten gegeben werden, sich ehrenamtlich zu engagieren. Letzten Endes könne gesellschaftliches Engagement nicht oktroyiert werden, sondern müsse in seinem Kern freiwillig bleiben. Hochschulen können aber auch hier entsprechende Anreize dafür schaffen.

Resümee

Es zeigt sich: In zahlreichen Bereichen werden breit gefächerte Erwartungen durch die regionalen Anspruchsgruppen gestellt. Dabei wird deutlich, dass in den Bereichen Lehre, Forschung und Transfer in der Regel auf bereits vorhandenen Ansätzen aufgebaut werden kann. Für die sozial-räumlichen Wirkungen lässt sich das hingegen noch nicht sagen.

Realistisch wird aber auch in Rechnung gestellt werden müssen, dass, bei all der potenziellen Leistungsfähigkeit von Hochschulen, nicht jedem Anspruch genüge getan werden kann. In Regionen, in denen die Kommunikation und Kooperation mit verschiedenen Akteuren bemängelt wurde, fällt auf, dass zwei zentrale Verständnisansätze fehlen: einerseits eine Problemerkennung regionaler Bedarfslagen innerhalb der Hochschule, andererseits außerhalb der Hochschulen ein mangelndes Verständnis für die tatsächliche hochschulische Leistungsfähigkeit. Letzteres wird vor allem in solchen Regionen deutlich, in denen durch die befragten Akteure der jeweiligen Hochschule kaum herausgehobene Bedeutung beigegeben wurde.

Häufig sind die Kooperationen mit den größeren ansässigen Unternehmen und auch mit den Stadtverwaltungen recht gut ausgebaut, während sich zivilgesellschaftliche Akteure kaum von hochschulischen Angeboten angesprochen fühlen. Damit Hochschulen als integraler Bestandteil der Region betrachtet werden, sei es wichtig, sich in der Stadt präsenter zu zeigen, die Öffentlichkeitsarbeit und die Angebotspalette zu erhöhen und sie auf regionale Bedarfslagen abzustimmen. Festzuhalten ist aber ebenso, dass Hochschulen eine stärkere Aktivität – insbesondere zur Stärkung weicher Standortfaktoren – aufweisen, als es den Hochschulleitungen selbst und verschiedenen Anspruchsgruppen bewusst ist. Die Aktivitäten sind aber häufig nicht zentral gesteuert und entstehen auf Initiative von einzelnen Studierenden oder Mitarbeitern.

2.4.5 Regionale Bedarfslagen und unausgeschöpfte Potenziale der Hochschulen

Die verschiedenen Hochschularten verfügen über unterschiedliche Leistungsfähigkeiten hinsichtlich der Bearbeitung demografischer und regionaler Herausforderungen. Hochschulbeiträge zur Problembearbeitung, die sich auf die demografischen Herausforderungen „Alterung der Bevölkerung“ und „Geringe Fertilität“ beziehen, sind an allen Hochschulen, unabhängig von der Hochschulart, weniger ausgeprägt. Hinsichtlich der Herausforderungen, die sich mit der verbreiteten Abwanderungsmobilität

verbinden, lassen sich außerdem für Fachhochschulen eher geringe Aktivitäten feststellen.

In gewisser Weise einen Sonderfall stellen die künstlerischen Hochschulen dar. Bei ihnen zeigen sich eine relativ homogene Gewichtung von Aktivitäten in den Bereichen „wirtschaftliche Stabilität“ und „soziale Stabilität“ sowie Maßnahmen, die der Abwanderung entgegenwirken können. Künstlerische Hochschulen sind – im Einklang mit ihrer Selbsteinschätzung und in Korrelation zu ihrer Größe – deutlich weniger aktiv und weisen, unserer Recherche zufolge, durchschnittlich knapp fünf Maßnahmen je Hochschule auf. Dass hier geringere Aktivitäten bestehen, ist aber auch darin begründet, dass es im Vergleich eine geringere Anzahl von einschlägigen Anknüpfungspunkten gibt. So können die künstlerischen Hochschulen zwar zur Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft oder zur Stärkung der Zivilgesellschaft in einer Region beitragen. Doch ihre Möglichkeiten zur Ertüchtigung regionaler Innovationsstrukturen oder der Fachkräfteversorgung für die Wirtschaft sind deutlich begrenzt. Gleichwohl sind auch hier die Potenziale, zur Anpassung an den demografischen Wandel beizutragen, noch nicht ausgeschöpft.

*Übersicht 67: Unausgeschöpfte Potenziale nach Hochschultyp:
Geringe Hochschulaktivitäten zur Bearbeitung demografisch
induzierter Herausforderungen*

	FH	Uni	KH
1.	Alterung der Bevölkerung	Alterung der Bevölkerung	Alterung der Bevölkerung
2.	Geringe Fertilität	Geringe Fertilität	Geringe Fertilität
3.	Abwanderungsmobilität		Abwanderungsmobilität
4.			Soziale Stabilität
5.			Wirtschaftliche Stabilität

Da die Hochschulpolitik der Länder einen großen Einfluss auf das Handeln der Hochschulen hat, kann auch die Betrachtung nach Bundesländern aufschlussreich sein. Festhalten lässt sich für die Hochschulen aller ostdeutschen Länder: Die Bedarfslagen hinsichtlich der demografischen Herausforderungen „Alterung der Bevölkerung“ und „Geringe Fertilität“ werden eher selten adressiert. In Thüringen schenken die Hochschulen auch Bedarfen, die Abwanderung und soziale Stabilität betreffen, bisher nur wenig Aufmerksamkeit. Letzteres gilt ebenso für die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern: Sie weisen wenig Aktivität zur Förderung der sozialen Stabilität in ihren Regionen auf. Trotz einer ähnlichen Verteilung der demografischen Herausforderungen sind im Detail verschiedene konkrete Maßnahmen in den Ländern schwerpunktmäßig verbreitet.

Übersicht 68: Unausgeschöpfte Potenziale nach Bundesland: Geringe Hochschulaktivitäten zur Bearbeitung demografisch induzierter Herausforderungen

	BB	MV	SN	ST	TH
1.	Alterung der Bevölkerung				
2.	Geringe Fertilität				
3.		Soziale Stabilität			Soziale Stabilität
4.					Abwanderungsmobilität

Man kann die These aufstellen, dass Hochschulen in stark schrumpfenden Regionen auf Grund höherer Betroffenheit aktiver bei der Umsetzung von Maßnahmen sein sollten. Gemäß den erhobenen Daten ist dem aber nicht so. So lässt sich vergleichsweise wenig Aktivität in den Handlungsfeldern, welche die Herausforderungen der Alterung und geringen Fertilität definieren, sowohl in gering als auch in stark schrumpfenden Regionen beobachten.

Übersicht 69: Unausgeschöpfte Potenziale nach Schrumpfungsgrad der Region: Geringe Hochschulaktivitäten zur Bearbeitung demografisch induzierter Herausforderungen

	Geringe Schrumpfung	Starke Schrumpfung
1.	Alterung der Bevölkerung	Alterung der Bevölkerung
2.	Geringe Fertilität	Geringe Fertilität
3.	Abwanderungsmobilität	

Übersicht 70: Praxisbeispiel: HS Brandenburg/HSNE Eberswalde – Präsenzstelle Uckermark

Praxisbeispiel: Präsenzstelle Uckermark an der Hochschule Brandenburg a.d.H. und an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde

Die Präsenzstelle Uckermark wurde 2007, in Kooperation der Fachhochschulen Brandenburg a.d.H. und Eberswalde, in der Region Schwedt/Oder gegründet. Gefördert wird sie aus Mitteln des Landes Brandenburg und des Europäischen Sozialfonds. Die Präsenzstelle soll eine Schnittstelle zwischen der Brandenburger Hochschullandschaft und der Region darstellen, welche wirtschaftlich kaum resonanzfähig und traditionell eher hochschulbildungsfern ist.

Eines der Ziele ist das Angebot von Bildungsperspektiven in einer abwandlungsgeschwächten Region. In Kooperation mit verschiedenen Hochschulen in der Region werden u.a. Fernstudiengänge durchgeführt. Die Studierneigung soll ebenso gefördert werden wie die Bekanntheit hochschulischer (Weiter-)Bildungsangebote. Dazu werden Unternehmensbefragungen zum Fachkräfte- und Weiterbildungsbedarf durchgeführt sowie Abfragen der Forschungs- und Entwicklungsbedarfe. Im Bereich des Fachkräftebedarfs zeige sich durchaus Interesse bei den regionalen Unternehmen, doch könne für Weiterbildungsmaßnahmen häufig die kritische Masse von 30 Studierenden im Jahr nicht erreicht werden. Bei den Unternehmen sei zudem die Schmerzgrenze noch nicht erreicht, und es fehle noch immer an langfristigen Personalplanungen.

Gezielt wird mit den Schulen in der Region kooperiert, um die Schüler/innen für Hochschulbildung zu begeistern. Zum Aufgabenbereich der Präsenzstelle gehören bspw. Studienberatung und Studienmotivation sowie die Durchführung von Informationsveranstaltungen. Auch andere Formate, um den Bürgern der Region die Hochschulen näher zu bringen, werden durch die Präsenzstelle organisiert. So finden in Schwedt regelmäßig Bürgervorlesungen mit wechselnden Themenschwerpunkten statt, ebenso wie Kinder- und Jugendveranstaltungen.

Langfristig solle auch der Versuch unternommen werden, grenzüberschreitend die Qualifizierungspotenziale des Hochschulstandortes Szczecin nutzbar zu machen. Als Netzwerkschnittstelle zwischen Unternehmen, Fachkräften und Hochschulen könne die Präsenzstelle zudem als Transmissionsriemen zwischen den Bedarfslagen und Handlungsmöglichkeiten auch in Forschung und Entwicklung dienen.

Zentral für den Erfolg seien das Engagement und die Kooperationsbereitschaft der einzelnen Akteure. Eine geringe Bekanntheit und mangelnde Verankerung von Hochschulbildung in einer Region könne dabei die Handlungsmöglichkeiten hochschulischer Akteure beeinträchtigen. So sei es auch in der Uckermark wichtig, Überzeugungsarbeit zu leisten. Einer der wichtigen Erfolgsfaktoren sei die Vernetzung mit städtischen und regionalen Akteuren, was langfristig ebenso zu einer Änderung der Bildungskultur führen könne wie zur Entwicklung von regionalen Innovationspotenzialen.

Zentrale Hindernisse bei den Möglichkeiten der Bildungsangebotspalette stellen u.a. landespolitische Regelungen hinsichtlich der Teilnehmerzahlen und des Kostenumfanges für die Qualifikationsangebote dar. Die kritische Masse werde häufig nicht erreicht.

Die Möglichkeiten der Handlungsfähigkeit der Präsenzstelle Uckermark seien insbesondere aus finanziellen und folglich auch aus personellen Gründen begrenzt. Darüber hinaus fehle der Einrichtung eine klare Perspektive, wie es nach Auslaufen der EU-Förderung weiter gehen soll. Auf Grund der bisher hohen Abhängigkeit von den EU-Fördermitteln steht die Einrichtung nach 2014 vor der Herausforderung, erhebliche finanzielle Mittel über Sponsoren und Studiengebühren akquirieren zu müssen. Dies erscheint als schwierig.

Quellen: eigene Recherche, mündliche und schriftliche Befragungen

2.4.6 Anpassungsstrategien

Hochschulen steht eine große Zahl an Handlungsoptionen zur Verfügung, mit denen Beiträge zur Bewältigung demografischer Herausforderungen geleistet werden können. In enger oder loser Form sind diese auch an ihre Kerntätigkeiten in Lehre und Forschung gekoppelt bzw. lässt sich eine solche Kopplung herstellen. Wie schon erwähnt, sind breit gefächerte Aktivitäten der Hochschulen im Kontext des demografischen Wandels dann zu erwarten, wenn dieser auch eine zentrale strategische Bedeutung für die Hochschulen einnimmt.

Auf Basis unserer Recherchen lassen sich auch bereits unterschiedliche Schwerpunkte solcher praktizierten hochschulischen Beiträge erkennen. Um diese aufzudecken, wird das empirische Material in Übersicht 71 verdichtet dargestellt. So lassen sich die mehr oder weniger zielgerichtet verfolgten Handlungsansätze der Hochschulen zu Anpassungsausrichtungen komprimieren. Diese werden entweder bereits strategisch betrieben oder aber tragen das Potenzial für strategische Verdichtung in sich:

■ Zunächst zeigt sich eine starke strategische Ausrichtung bei allen Hochschultypen hinsichtlich des Ausbaus von Wissens- und Technologietransfer. Fachhochschulen (32 %) und Universitäten (29 %) unterscheiden sich dabei kaum. Bei Kunsthochschulen (21 %) ist dieser Aspekt vergleichsweise geringer, gleichwohl aber auch prominent ausgeprägt.

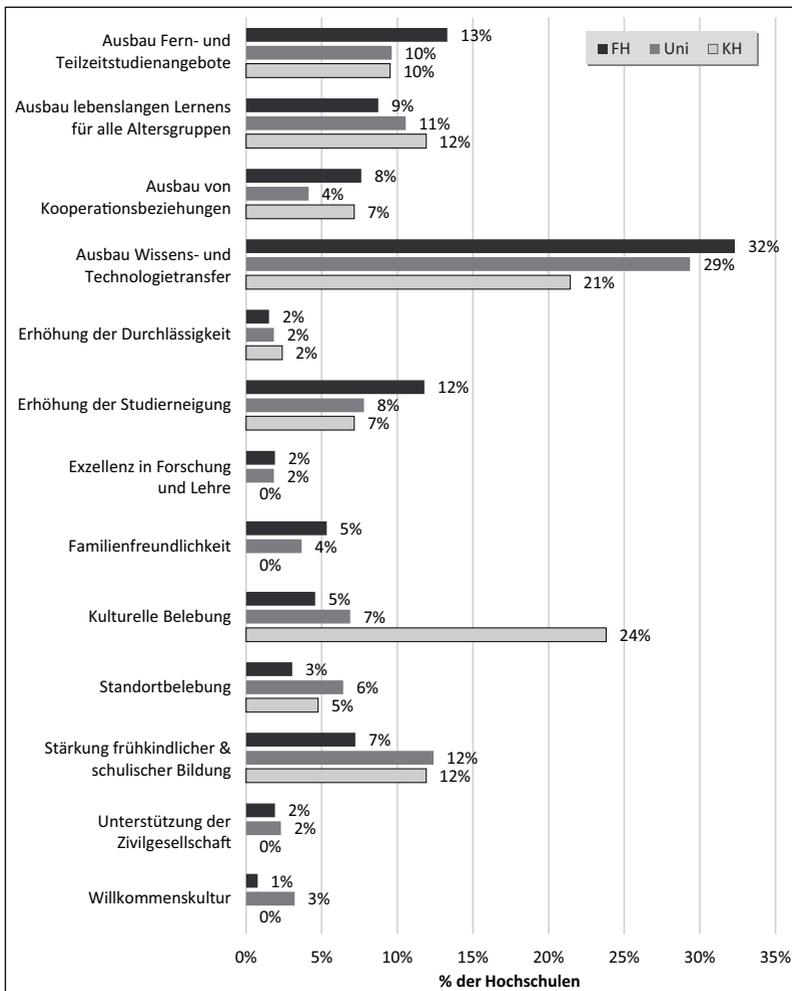
■ Desweiteren bestätigt sich, dass Aktivitäten der Kunsthochschulen insbesondere auf gesellschaftliche Themen und soziale Verantwortung ausgerichtet sind: 24 Prozent aller ihrer identifizierten Maßnahmen lassen sich der kulturellen Belebung des Sitzortes bzw. der Sitzregion zuordnen. Dies spielt wiederum für Fachhochschulen (5 %) und Universitäten (7 %) in der strategischen Ausrichtung eine untergeordnete Rolle.

■ Aktivitäten zum Ausbau von Exzellenz in Forschung und Lehre, zur Unterstützung der Zivilgesellschaft, zur Verbreitung einer Willkommenskultur sowie zur Erhöhung der Durchlässigkeit sind nur selten zentraler Gegenstand der strategischen Orientierungen der Hochschulen.

Insgesamt zeigt sich in der Gesamtbetrachtung: Die ostdeutschen Universitäten und Fachhochschulen verfolgen mit breitgefächerten Aktivitäten häufig mehrere Strategien oder strategiefähige Ansätze gleichzeitig. Allerdings sind es überwiegend strategiefähige *Ansätze*, d.h. an bewussten zentralen Entwicklungsstrategien der Universitäten und Fachhoch-

schulen fehlt es meist noch. Das Ausmaß und die Ausrichtung auf die Bedarfslagen des demografischen Wandels sind sehr unterschiedlich. Bedeutsame Unterschiede zwischen Universitäten und Fachhochschulen lassen sich hinsichtlich ihrer strategischen Ausrichtungen kaum erkennen.

Übersicht 71: Anpassungsstrategien der ostdeutschen Hochschulen (in % der Hochschulen)



Die Verteilung der Anpassungsstrategien wurde auf Basis von 523 Maßnahmen ermittelt, darunter: 263 Maßnahmen an FHs, 218 an Unis und 42 an KHs.

Zu beachten ist schließlich zweierlei: Manche Bedarfslagen werden überlokal bearbeitet – z.B. studentische Zuwanderung im Rahmen der Initiative „Studieren in Fernost“. Andere Bedarfslagen werden (noch) nicht der Bearbeitung von Folgen des demografischen Wandels zugeordnet – etwa Bemühungen um die Steigerung der Qualität der Lehre, die sich als Attraktivierung der eigenen Hochschule betrachten und damit in die Perspektiven der überregionalen Studierendengewinnung und die Steigerung des Studienerfolgs rücken lassen.

Justus Henke / Peer Pasternack / Steffen Zierold
(Hrsg.)

Schaltzentralen der Regionalentwicklung

Hochschulen in Schrumpfungsräumen

AVA
Akademische Verlagsanstalt

Institut für Hochschulforschung an der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (HoF)



Justus Henke | Peer Pasternack | Steffen Zierold (Hg.)

Schaltzentralen der Regionalentwicklung. Hochschulen in Schrumpfsregionen

**Justus Henke | Peer Pasternack | Steffen Zierold
(Hrsg.)**

**Schaltzentralen der Regionalentwicklung
Hochschulen in Schrumpfsregionen**

AVA – Akademische Verlagsanstalt
Leipzig 2015

Die Publikation fasst die Ergebnisse zweier Projekte zusammen: des im Förderprogramm „Wissenschaftsökonomie“ geförderten HoF-Teilprojekts des Verbundvorhabens „Hochschulstrategien für Beiträge zur Regionalentwicklung unter Bedingungen demografischen Wandels (RegDemo)“ (Fallregionenanalysen) sowie der Untersuchung „Demographische Entwicklung und Perspektiven ostdeutscher Hochschulen (OstHoch)“ (ostdeutschlandbezogene Komplettanalyse). RegDemo wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 01PW11011 gefördert. OstHoch wurde im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer unter der Ausschreibungs-Nr. B1.19-0214/12/VV:1 durchgeführt. Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den AutorInnen.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Die Beauftragte der Bundesregierung
für die neuen Bundesländer

Reihe „Hochschulforschung Halle-Wittenberg“

AVA – Akademische Verlagsanstalt Leipzig 2015

© Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg (HoF)
Collegienstraße 62, 06886 Lutherstadt Wittenberg,
institut@hof.uni-halle.de, <http://www.hof.uni-halle.de>

Druck: Osiris-Druck Leipzig
Umschlag: Volker Hopfner, Radebeul

ISBN 978-3-931982-93-5

Inhaltsübersicht

Zentrale Ergebnisse	11
A Ausgangssituation: Hochschulen und der demografische Wandel....	17
1. Problem und Vorgehen.....	19
2. Problemlagen in den demografisch herausgeforderten Regionen Ostdeutschlands.....	51
B Empirische Ergebnisse: Wie Hochschulen auf demografische und regionale Herausforderungen reagieren	77
1. Verortung der Hochschulen im demografischen Wandel: Herausforderungen, Wahrnehmungen und Aktivitäten	79
2. Vollerhebung Ost: Aktivitäten und Aktivitätsprofile der Hochschulen	110
3. Tiefensondierung: Ost- und westdeutsche Fallbeispiele im Vergleich	164
C Auswertung: Interaktionen, Hemmnisse, Lösungen	239
1. Hindernisse und Risikofaktoren	241
2. Lösungsansätze und Erfolgsfaktoren.....	252
3. Modell regionalen Hochschulhandelns	274
4. Fazit.....	290

Inhaltsverzeichnis

Zentrale Ergebnisse	11
A Ausgangssituation: Hochschulen und der demografische Wandel	17
1 Problem und Vorgehen (<i>Justus Henke, Peer Pasternack, Steffen Zierold</i>).....	19
1.1 Problemstellung und Leitfragen	19
1.2 Auswertungsmodell	31
1.3 Datengrundlagen und -zugänge.....	34
1.3.1 Vollerhebung ostdeutsche Hochschulen	34
Dokumentenanalyse und Internetrecherche (34). Schriftliche Befragung (35)	
1.3.2 Meta-Auswertung: Aufbau-Ost-Gutachten.....	38
1.3.3 Experteninterviews und Expertenworkshops.....	40
Interviews (40). Workshops (45)	
1.3.4 Fallstudien	46
2 Problemlagen in den demografisch herausgeforderten Regionen Ostdeutschlands (<i>Justus Henke, Peer Pasternack, Steffen Zierold unt. Mitarb. v. Romy Höhne und Sebastian Schneider</i>).....	51
2.1 Demografische Herausforderungen: Handlungsfelder und Bedarfslagen	51
2.1.1 Geringe Fertilität	52
Situation (52). Handlungsfelder und Bedarfslagen (53)	
2.1.2 Abwanderungsmobilität.....	56
Situation (56). Handlungsfelder und Bedarfslagen (60)	
2.1.3 Alterung der Bevölkerung	61
Situation (61). Handlungsfelder und Bedarfslagen (62)	
2.2 Regionale Herausforderungen: Handlungsfelder und Bedarfslagen.....	64
2.2.1 Wirtschaftliche Stabilität	66
Situation (66). Handlungsfelder und Bedarfslagen (69)	
2.2.2 Soziale Stabilität.....	70
Situation (70). Handlungsfelder und Bedarfslagen (73)	

B	Empirische Ergebnisse: Wie Hochschulen auf demografische und regionale Herausforderungen reagieren	77
1	Verortung der Hochschulen im demografischen Wandel: Herausforderungen, Wahrnehmungen und Aktivitäten <i>(Justus Henke, Romy Höhne, Peer Pasternack, Sebastian Schneider)</i>	79
1.1	Herausforderungen und hochschulische Handlungsoptionen.....	79
1.1.1	Geringe Fertilität	81
1.1.2	Alterung der Bevölkerung	84
1.1.3	Abwanderungsmobilität.....	86
1.1.4	Wirtschaftliche Stabilität	88
1.1.5	Soziale Stabilität.....	89
1.2	Selbst- und Fremdbilder der Hochschulen im Hinblick auf ihre Rolle in der schrumpfenden Region.....	91
1.2.1	Selbstbilder der Hochschulen	91
1.2.2	Die Sicht auf die Rolle der Hochschulen in der und für die Region.....	94
1.2.3	Bedeutung demografischer Herausforderungen für die Hochschulen	95
1.2.4	Meta-Auswertung: Aufbau-Ost-Studien.....	101
	Die zentralen Zusammenhangsannahmen (101). Gutachtliche Handlungsempfehlungen (103)	
2	Vollerhebung Ost: Aktivitäten und Aktivitätsprofile der Hochschulen <i>(Justus Henke, Romy Höhne, Peer Pasternack, Sebastian Schneider)</i>	110
2.1	Hochschulische Maßnahmen im Umgang mit dem demografischen Wandel: Bedarfslagen und Adressierung der Aktivitäten	110
2.1.1	Hochschulische Maßnahmen und regionale Bedarfslagen.....	110
	Adressierung von Herausforderungen, Handlungsfeldern und Bedarfslagen (110). Häufige Maßnahmen der Hochschulen (120)	
2.1.2	Hochschulartenspezifische Bedarfsadressierung	127
2.1.3	Regionenspezifische Bedarfsadressierung.....	129
	Schrumpfungsregionen (130). Bundesländer (131)	
2.2	Maßnahmen zur Erschließung weiterer Finanzierungsquellen.....	134
2.3	Maßnahmen zur Einbindung der Studierenden	137
2.4	Organisation, Kommunikation und Potenziale.....	141
2.4.1	Auslöser für Kooperationsprojekte und gesellschaftsbezogenes Hochschulengagement	141
2.4.2	Demografie und Region als Themen der verschiedenen Ebenen der Hochschulplanung.....	145

2.4.3	Kooperationspartner und -formen.....	147
2.4.4	Ansprüche der externen Akteure an die Hochschulen	152
	Hochschullehre (152). Forschung und Transfer (154). Sozial- räumliche Wirkungen (155). Resümee (157)	
2.4.5	Regionale Bedarfslagen und unausgeschöpfte Potenziale der Hochschulen	157
2.4.6	Anpassungsstrategien	161
3	Tiefensondierung: Ost- und westdeutsche Fallbeispiele im Vergleich (<i>Peer Pasternack, Sebastian Schneider, Steffen Zierold unt. Mitarb. v. Thomas Erdmenger, Romy Höhne, Tim Hutschenreuter, Benjamin Köhler, Isabell Maue und Sarah Schmid</i>)	164
3.1	Die Fallregionen.....	164
3.2	Regionale Problemlagen und programmatische Reaktionen	166
3.2.1	Fertilität – Mobilität – Mortalität.....	166
3.2.2	Wirtschaftliche Entwicklung, Forschung und Innovationsgeschehen.....	169
3.2.3	Sozial- und kulturräumliche Entwicklungen.....	177
3.2.4	Resümee: Regionalstrategische Differenzierungen	180
	Gemeinsamkeiten (180). Ähnlichkeiten (182). Unterschiede (183). Gesamtbewertung (184)	
3.3	Regionale Problemlagen und tatsächliche Reaktionen: Hochschule-Region-Interaktionen.....	186
3.3.1	Hochschule-Region-Interaktionen	186
3.3.2	Regionale Interaktionsprofile: Modell.....	187
3.3.3	Der Interaktionsknoten Hochschule.....	193
3.3.4	Ökonomische und nichtökonomische Interaktionen	200
3.3.5	Regionale Interaktionsgeflechte im Vergleich.....	203
3.3.6	Bearbeitete Herausforderungen und Handlungsfelder	208
3.3.7	Interaktionsqualitäten	214
3.3.8	Wissensformate – Gegenstand und Ergebnis der Interaktionen	216
3.4	Programmatischen und Aktivitäten im Vergleich.....	219
3.4.1	Haltefaktoren und Zuwanderung	219
3.4.2	Wirtschaftliche Entwicklung	220
3.4.3	Soziale und kulturelle Bereiche	221
3.4.4	Gemeinsamkeiten und Unterschiede.....	222
3.5	Die Perspektiven der Akteure	226
3.5.1	Demografiebezogenes Problembewusstsein	226
3.5.2	Hochschulbeiträge zur regionalen Wirtschaftsentwicklung.....	227

3.5.3	Kooperationsbedingungen und sozialräumliche Hochschulwirkungen	234
3.5.4	Resümee	236
C	Auswertung: Interaktionen, Hemmnisse, Lösungen	239
1	Hindernisse und Risikofaktoren (<i>Justus Henke, Romy Höhne, Peer Pasternack, Sebastian Schneider, Steffen Zierold</i>)	241
1.1	Häufig auftretende Umsetzungshemmnisse	241
1.2	Rechtliche Restriktionen	244
1.3	Zielkonflikte	246
2	Lösungsansätze und Erfolgsfaktoren (<i>Justus Henke, Romy Höhne, Peer Pasternack, Sebastian Schneider, Steffen Zierold</i>)	252
2.1	Geeignete Anreize für gesellschaftsbezogenes Engagement	252
2.2	Geplante Aktivitäten der Hochschulen	253
2.3	Pläne der Hochschulen zur Erschließung neuer Finanzierungsquellen	255
2.4	Umsetzungsbedingungen und Erfolgsfaktoren	258
2.5	Zusammenspiel der Akteure	261
2.6	Toolbox zur Gestaltung und Umsetzung von Entwicklungsstrategien	265
2.6.1	Geeignete Entwicklungsstrategien für Hochschulprofile	265
2.6.2	Chancen, Risiken, Hindernisse und Erfolgsfaktoren von Entwicklungsstrategien	266
2.6.3	Kopplungsfähigkeit von Strategien	268
2.6.4	Eignung von Instrumenten für Entwicklungsstrategien	270
3	Modell regionalen Hochschulhandelns (<i>Justus Henke, Peer Pasternack, Steffen Zierold</i>)	274
3.1	Rahmenbedingungen: Voraussetzungen und Ressourcen	276
3.2	Programmierung: Problem- und Zieldefinitionen, Handlungsprogramm	281
3.3	Implementation: Strategisch handeln und mit Abweichungen rechnen	284
3.4	Ergebnisse: Effekte wahrnehmen und kommunizieren	286
3.5	Auswertung: Neuprogrammierung vorbereiten	288
4	Fazit (<i>Justus Henke, Peer Pasternack, Steffen Zierold</i>)	290
4.1	Aktivitäten	291
4.2	Problemwahrnehmungen	295
4.3	Kooperationen	297
4.4	Kommunikation	299
4.5	Strategien	302

Verzeichnis der Übersichten	305
Literatur	309
Autoren und Mitwirkende	314
Anhang	315